

Teil VI: Die Erweiterung der sozialpolitischen Hypothese und die neue Rahmung der Angewiesenheit – Sozialpolitische Möglichkeitsräume

Der neoliberalen Kapitalismus hat sich weltweit verbreitet und durchgesetzt. Dem kann ein Diskursmodell entgegengesetzt werden, das vom Sozialpolitischen Prinzip und der damit verbundenen sozialpolitischen Hypothese der gegenseitigen Angewiesenheit ausgeht. Die ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisen der letzten beiden Jahrzehnte haben die Dringlichkeit eines solchen Gegenmodells bestätigt, aber auch deutlich gemacht, dass die sozialpolitische Hypothese – vor dem Hintergrund der bisherigen Argumentationen – einer mehrdimensionalen Erweiterung bedarf. Die Struktur der Angewiesenheit – so haben wir gesehen – ist komplexer geworden. Denn die Grenzen des Kapitalismus sind inzwischen nicht nur am Menschen zu diskutieren, sondern am Kapitalismus selbst. Die ökonomischen Krisen der 2000er Jahre haben gezeigt, dass die kapitalistische Wirtschaft auf stabile Gesellschaftsordnungen angewiesen ist, dass das Wachstum nicht unbegrenzt vorangetrieben werden kann und dass die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich die ökonomisch-soziale Balance bedroht. Das Sozialpolitische bricht auch im Ökonomischen wieder auf. Das hat auch den Diskurs um ein anderes Kapitalismusmodell, das nicht nur auf Profitmaximierung fixiert ist, wiederbelebt. Unter dem Begriff des Stakeholder-Kapitalismus (im Gegensatz zum entbetteten Shareholder-Kapitalismus) werden seit einiger Zeit Alternativen diskutiert, die auf eine Wiedereinbettung der Ökonomie in Strukturen der sozialen Verpflichtung und Mitbestimmung am Produktionsprozess abzielen. Hier findet das Prinzip der gegenseitigen Angewiesenheit auch im Ökonomischen seinen Ausdruck.

Gleichzeitig hat sich auch die soziale Idee im Vergleich zum Heimannschen Modell erweitert. Es sind heute nicht mehr nur die Arbeiter- resp. Gewerkschaftsbewegungen, die dem Kapitalismus Zugeständnisse für die Menschen abzwingen, sondern auch Ökologiebewegungen, die zu verhindern versuchen, dass der Kapitalismus seine Umweltkosten einfach externalisiert, sowie Demokratiebewegungen,

die den Kapitalismus auch unter sozialen Legitimationszwang setzen. Unter diesem Gesichtspunkt wird der Wachstums- und Nachhaltigkeitsdiskurs zum sozialpolitischen Diskurs. Dabei bricht der sozialpolitische Konflikt neu auf. Das kann an der Problematik des auswüchsigen Reichtums thematisiert werden. Damit hat sich national wie transnational ein sozialpolitisches Magnetfeld gebildet, das durch das erweiterte Sozialpolitische Prinzip aufgeladen ist und in dem auch der Sozialstaat neu verortet werden kann. Entscheidend ist dabei, dass sich die Interdependenzen innerhalb des erweiterten sozialpolitischen Magnetfeldes verdichtet haben. Spätestens der dramatische Klimawandel hat deutlich gemacht, dass Ökonomie, Natur und Mensch/Soziales in eine wechselseitige Angewiesenheit gedrängt sind, die ökonomische Reformen – wie eben eine andere Wachstumsformel – unausweichlich macht. Das fordert dazu auf, nicht länger in einlinigen Sachzwängen, sondern in alternativen sozialpolitischen Möglichkeitsräumen zu denken. Diese erschließen sich in einer neuen Rahmung, in der die Dialektik der gegenseitigen Angewiesenheit sich nicht mehr an dem traditionalen Kapitalismus des Heimannschen Modells ausrichtet, sondern an einem Wirtschaftssystem, das durch Nachhaltigkeit und soziale Einbettung gekennzeichnet ist. Gegenseitige Angewiesenheit im Sinne der sozialpolitischen Hypothese im Blick auf die ökonomisch-technologische Zukunft wird dann auch in ihrer historischen Notwendigkeit sichtbar.

DER SOZIALPOLITISCHE MÖGLICHKEITSRAUM

»Wenn man gut durch geöffnete Türen kommen will, muß man die Tatsache achten, daß sie einen festen Rahmen haben; dieser Grundsatz [...] ist einfach eine Forderung des Wirklichkeitssinns. Wenn es aber Wirklichkeitssinn gibt, und niemand wird bezweifeln, daß er seine Daseinsberechtigung hat, dann muß es auch etwas geben, das man Möglichkeitssinn nennen kann. Wer ihn besitzt, sagt beispielsweise nicht: Hier ist dies oder das geschehen, wird geschehen, muß geschehen; sondern er erfindet: Hier könnte, sollte oder müßte geschehn; und wenn man ihm von irgend etwas erklärt, daß es so sei, wie es sei, dann denkt er: Nun es könnte wahrscheinlich auch anders sein. So ließe sich der Möglichkeitssinn geradezu als die Fähigkeit definieren, alles, was ebensogut sein könnte, zu denken und das was ist, nicht wichtiger zu nehmen als das, was nicht ist.« (Musil 1952: 16)

Diese Überlegung aus Robert Musils berühmten Roman »Der Mann ohne Eigenschaften« aus den beginnenden 1930er Jahren hat seitdem etliche Sozialwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen dazu inspiriert, von Möglichkeitsräumen zu sprechen, auf die hin und in denen alternativ oder kombinatorisch neu sozial gedacht werden kann. Oft aber wird dieser Möglichkeitsraum als offener, vom Denken her unbegrenzter Raum gemeint. Damit setzt er sich von der Wirklichkeit ab, wird leicht zur Illusion. Die Metapher des Türrahmens,

wie sie Musil gebraucht, sieht aber den offenen Möglichkeitssinn in der Spannung zum begrenzenden Wirklichkeitssinn, und wenn wir diese Spannung dialektisch denken, so ergeben sich die »anderen« Möglichkeiten erst aus dieser Dialektik heraus.

Überträgt man diese theoretische Struktur auf das sozialpolitische Denken, so können wir aus unserer bisherigen Argumentation heraus unschwer erkennen, dass sich aus der Dialektik des Sozialpolitischen Prinzips ein *sozialpolitischer Möglichkeitsraum* ergibt und entsprechend gestalten lässt. Die soziale Idee kann historisch nicht der Illusion verfallen, dass sie den Kapitalismus vom Menschen her überwinden kann; dem tendenziell grenzenlosen Profitstreben des Kapitalismus wiederum sind Grenzen darin gesetzt, dass er auf den Menschen angewiesen ist, will er seine eigene Modernisierung vorantreiben. Das dialektische Ergebnis ist das Sozialpolitische Prinzip, das einen sozial erweiterbaren Möglichkeitsraum in der Wirklichkeit eines nun auch begrenzbaren Kapitalismus darstellt. Darin ist der Sozialstaat weiter eine der Möglichkeiten.

Wir haben bereits ansatzweise versucht, Zugänge zu diesem sozialpolitischen Möglichkeitsraum zu eröffnen, indem wir das sozialpolitische Potenzial der Bürgersellschaft und der sozialen Bewegungen in der Spannung zum Sozialstaat thematisiert haben. Im Folgenden wollen wir weitere Zugänge diskutieren, um die diese Dialektik von utopischer Offenheit und wirklichkeitsmächtiger Begrenzung sozialpolitisch zu wenden. Da ist zum einen der Diskurs zur sozialen Nachhaltigkeit, dem diese Dialektik innewohnt, zum anderen die Bedeutung des Sozialen als Produktivkraft, über die die sozialpolitische Hypothese der gegenseitigen Angewiesenheit erweitert werden kann. Weiterhin wollen wir zeigen, wie regionale soziale Dynamiken in ihrem Zusammenspiel sozialpolitische Möglichkeitsräume öffnen können. Dass der Klimadiskurs seine sozialpolitische Seite hat, erweitert die neue Rahmung der gegenseitigen Angewiesenheit grundlegend. Schließlich wenden wir uns der sozialen Idee als Agens des Sozialpolitischen Prinzips zu und begreifen sie als sozialpolitischen Möglichkeitssinn, der über exemplarisches Lernen und einen gelingenden Umgang mit Ängsten auch heute wachgehalten werden kann. Wir versuchen also, neue Rahmungen der gegenseitigen Angewiesenheit zu finden und entsprechend zu thematisieren.

SOZIALE NACHHALTIGKEIT ALS MÖGLICHKEITSRAUM

Der Nachhaltigkeitsdiskurs bietet uns einen ersten Einstieg in die Eröffnung weiterer sozialpolitischer Möglichkeitsräume. Dabei kommt es uns vor allem darauf an zu zeigen, dass und wie ein solcher Möglichkeitsraum durch die Anwendung des Sozialpolitischen Prinzips strukturiert werden kann. Wir wollen im Folgenden zuerst den Diskurs zur sozialen Nachhaltigkeit skizzieren und

dann das Sozialpolitische Prinzip entsprechend einführen und ihm eine neue Rahmung geben.

Zum Wesen des digitalen Kapitalismus gehört, dass er einen entsprechend digitalen Begriff der *Innovation* enthält. Dieser ist auf die jeweils aktuelle Marktfähigkeit eines Produktes zentriert. In dieser ökonomischen Logik ist aber zwangsläufig das Problem des Verbrauchs und der Entwertung früherer »innovativer« Güter enthalten. Dies ist aus Marktgesichtspunkten notwendig, um auf der einen Seite das Konsumenteninteresse freisetzen, auf der anderen die Spirale technischer Neuerungen und damit den Markt auf Zukunft öffnen zu können. Dahinter liegt eine lineare Fortschritts- und Wachstumsideologie, die bewegungsfest ist und das Fortbestehen bisheriger Zustände prinzipiell in den Bereich der Nichtentwicklung verschiebt.

Die Dauerkrise als ein Bewegungsmoment des modernen Industriekapitalismus setzt zwar die Frage nach dem Ungleichgewicht von Mensch, Natur und Ökonomie immer wieder frei, verstellt sie aber gleichzeitig wieder dadurch, dass die Frage des Überlebens der Menschen weitgehend individualisiert und kaum kollektiv thematisiert wird. Die ökologisch-politische Generationenperspektive des Überlebens wird damit auf die Frage des privaten Überlebens, der Sicherung der eigenen Nachkommen reduziert. Die Frage des Überlebens der Menschen hat sich im Kontext des digitalen Kapitalismus immer mehr zur punktuellen und marktförmigen Frage der Überlebenskonkurrenz von Einzelnen und Gruppen verformt. Hier werden regressive Bewältigungskonstellationen erzeugt. Diese können wiederum vom Konsummarkt aufgefangen werden.

Wenn wir aber Nachhaltigkeit nicht aus der Markt-, sondern aus der sozial-politischen Perspektive betrachten, dann kann argumentiert werden: In sozial-staatlich verfassten Gesellschaften war es – und ist es immer noch – das Sozial-politische Prinzip, welches den Geist der Nachhaltigkeit wachhielt und hält, indem es Bedingungen ermöglicht, unter denen der Mensch über seine ökonomische Verfügbarkeit und Verwertbarkeit hinaus die übergreifenden Grundlagen seiner Existenz zu thematisieren imstande ist. Institutionalisiert im Sozialstaat entwickelte sich jene Hintergrundsicherheit, vor der die Sorge um das eigene Überleben mit der Sorge um die Menschheit verbunden werden konnte. Mit der Schwächung des nationalen Sozialstaates ist diese Hintergrundsicherheit nicht nur brüchig geworden, die digitalen Gesellschaften vermitteln ihren Bürgern auch den radikal konstruktivistischen Wahn, sie könnten jeden Tag sich und ihre neue Welt erschaffen. Damit scheint ein Nachhaltigkeitsdiskurs strukturell überflüssig. Da es im Prinzip des Konsums liegt, dass etwas verbraucht werden muss, damit etwas Neues entsteht, wirkt auch hier der neue Konsumkapitalismus Nachhaltigkeitsoptionen entgegen.

Biografien werden unter dem Bewältigungzwang ökonomischer Beschleunigung immer weniger gesellschaftlich verortbar. Das ständige Getriebensein

und Mithalten müssen verunmöglichen das Sicheinlassen auf langjährige Projekte sozialen Engagements und das Nachdenken über existenzielle Grundlagen des Zusammenlebens und Überlebens. Zudem wird Wissen schnell wieder aufgebraucht, indem es unter stetigem technologischem Wandel der Produktions- und Arbeitsformen steht. Die damit verbundenen Entwertungserfahrungen müssen alltäglich durchgestanden werden. Hinter der neuen Bildungsformel des lebenslangen Lernens steht für viele das Problem, dass sie nicht auf biografische Nachhaltigkeit bauen können, dass sie ihre Energien immer wieder aufbrauchen, ohne sich eine biografische Plattform schaffen zu können. Wird der Mensch wiederholt bis ständig in Bewältigungsstress getrieben, gerät er unter den Druck der Abspaltung und wird anfällig für die Ideologie der Machbarkeit, die er dann nicht mehr als Zwang empfindet. Die Kurzfristigkeit des ökonomisch-technologischen Machbarkeitszwangs durchdringt die sozialen Beziehungen genauso wie die politische Kultur. Machbarkeitszwang und Bewältigungsdruck gehen dann ineinander über und können so die Aufarbeitung vergangener Erfahrungen wie das Hineinfühlen in zukünftige Entwicklungen blockieren.

Die sozialpolitische Zukunft des Kapitalismus wird davon abhängen, wie das Spannungsverhältnis zwischen Grenzenlosigkeit und Begrenzung ausbalanciert werden kann. Dass die kapitalistische Wirtschaft den endgültigen Spannungspunkt immer wieder krisenreich verschieben kann, macht diesbezügliche Prognosen nahezu unmöglich. Gleichzeitig können wir aber in der Kenntnis des erweiterten Sozialpolitischen Prinzips darauf insistieren, dass der fortgeschrittene Kapitalismus auf Begrenzung angewiesen ist, will er überleben und sich weiterentwickeln. Deshalb ist es für den sozialen Nachhaltigkeitsdiskurs interessant, wie sich im ökonomischen Diskurs selbst nachhaltigkeitsorientierte Ansätze finden lassen, die soziale Bezugsgrößen ausweisen. Solche Konzepte wenden sich gegen die Fortschreibung der marktzentrierten Wachstumsformel, die das Marktversagen im Hinblick auf die sozialen Kosten der herrschenden Wirtschaftsweise ausblendet. Die herkömmliche Wachstumsfixierung gilt als Barriere gegen soziale Gerechtigkeit, weil sie über die Dynamik der globalen Kapitalzirkulation die Arm-Reich-Spaltung fördere und mit ihrer gegenwarts- und profitzentrierten Ausbeutung der Ressourcen Nachhaltigkeit verhindere (vgl. Diefenbacher/Zieschank 2011).

Wann die Grenzen des digitalen Kapitalismus auch für eine Mehrheit fühlbar werden, ist angesichts der Verdeckungsökonomie des Konsums nicht absehbar. Anzeichen gibt es heute schon dort, wo die sozialstaatlichen Definitionen sozialer Probleme nicht mehr wirken, durch global ausgelöste Strömungen unterspült werden. So galt Armut in den westeuropäischen Staaten als sozialstaatlich regulier- und begrenzbar. Nun grasiert die Angst vor Armut sogar in ausgemachten europäischen Wohlstandsregionen und man sieht sich plötzlich einem globalen Sog ausgesetzt. Aus sozialen Problemen werden so *existen-*

zielle Lebensthemen, die biografisch nicht mehr so ohne Weiteres abgewehrt werden können. Gleichzeitig werden die Folgen der Enteignungsökonomie am eigenen Leibe gespürt: Die Privatisierung öffentlicher Güter (»commons«), vor allem von Basisgütern wie Wasser und Energie, setzen das Bewusstwerden kollektiver Abhängigkeiten und darin Widerstand frei.

Im Kern ist das alte Konfliktthema der industriellen Moderne wieder neu freigesetzt: Welches Ziel soll die Ökonomie haben, für wen ist sie eigentlich da, woran bemisst man ihren Wert und muss nicht dieser Wert über dem Markt stehen? In diesem Zusammenhang ist gegenwärtig ein wirtschaftstheoretisches und inzwischen endlich auch in den politischen Diskurs transformiertes Projekt interessant, das dabei ist, zu einem weltweiten Diskurs mit politischem Support zu werden: die Suche nach einer humanen Wachstumsformel. Der Konflikt zwischen Kapital und sozialer Idee bricht im Diskurs um die Humanisierung des Wachstums neu auf. Der aktuelle Ansatzpunkt dafür ist der Diskurs um die Bewertung der sozialökonomischen Entwicklung, um die Indikatoren, nach denen Entwicklung, Wachstum und Wohlstand bemessen werden sollen. Ein Diskurs, der sich wissenschaftlich in den Arbeiten zum »Nationalen Wohlfahrtsindex« abbildet (vgl. Diefenbacher/Zieschank 2008). So ist das Bruttoinlandsprodukt als bisherige Leitgröße für die Messung des Wohlstands einer modernen Gesellschaft angesichts der steigenden sozialen und ökologischen Kosten eines einlinig ökonomisch definierten Wachstums vor allem auch deshalb in die Kritik geraten, weil offenkundig wurde, dass fortschreitendes und beschleunigtes wirtschaftliches Wachstum das Leben der Menschen nicht automatisch verbessert. Ab einem bestimmten Wohlfahrtsniveau führt die Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens nicht mehr selbstverständlich zur Steigerung des Wohlbefindens der Menschen. Denn es beziehe sich nur auf die Menge der Güter und Dienstleistungen und ihre Maximierung, so wie sie auf den Märkten erscheinen. Nicht berücksichtigt seien neben den ökologischen Kosten des Ressourcenverbrauchs vor allem auch die sozialen Kosten wie Armuts-, Gesundheits- und Kriminalitätsrisiken. Vernachlässigt werden neben den Leistungen, die im familial-häuslichen Bereich der Erziehungs- und Sorgearbeit erbracht werden, auch die infrastrukturellen Effekte sozialer Integration, wie sie von der Bürgerarbeit und der Sozialen Arbeit ausgehen. Insgesamt geht es also nicht mehr dominant um das Marktniveau von Lebensqualität, sondern um ihre soziale und kulturelle Einbettung. Damit wird das ökonomische Prinzip Wachstum in ein Spannungsverhältnis zur sozialen Entwicklung gebracht.

Dieses Spannungsverhältnis verweist wieder auf das Sozialpolitische Prinzip, das wir – historisch gesellschaftlich – als soziales Entwicklungsprinzip begreifen, das sich aus der Dialektik des Gegensatzes von Mensch und kapitalistischer Ökonomie speist. An diesem strukturellen Konflikt wird sich auch der *gesellschaftliche* Nachhaltigkeitsdiskurs orientieren müssen. Michael

Opielka unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen einem »internalen« und einem »weiten« Verständnis sozialer Nachhaltigkeit. Während sich Ersteres auf die Sicherung von Generationengerechtigkeit, aber auch von Gemeingütern und auf die langfristige Stabilität sozialer Institutionen bezieht, wird mit dem zweiten Begriff »das Gesellschaftliche einer Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft betont, [...] wird markiert, dass eine primär technologische oder ökonomische [einseitige, d. A.] Strategie den systemischen Charakter der sozialökologischen Problemstellung verfehlt« (Opielka 2015: 7).

Um diese Zusammenhänge sozialpolitisch operationalisieren zu können, müssen wir die Struktur des Sozialpolitischen Prinzips in die Sprache der Nachhaltigkeit übersetzen können. Der sozialpolitisch folgenreiche Grundkonflikt zwischen Mensch und kapitalistischer Ökonomie spiegelt sich u. E. in zwei Konfliktphasen der Nachhaltigkeit wider: zum einen im *Konflikt zwischen Grenzenlosigkeit und Begrenzung* – wie schon in Bezug auf den Wachstumsdiskurs angesprochen –, zum anderen im *Konflikt zwischen sozialer Entbettung und sozialer Bindung*.

Der Konflikt zwischen Grenzenlosigkeit und Begrenzung lässt sich nicht nur über den Wachstumsdiskurs, sondern vor allem auch über die Entwicklung des *Reichtums* in unserer Gesellschaft thematisieren. Die sich längst abzeichnenden Polarisierungstendenzen zwischen Armut und Reichtum deuten vor allem auf eine neue Qualität der Reichtumsentwicklung hin, die mit den Möglichkeiten der Kapitalzirkulation und Kapitalakkumulation im globalisierten Kapitalismus die Grenzen nationaler Geld- und Steuerpolitik gesprengt hat. Die Eigendynamik des Geldes tritt nun hervor:

»Geld ist weit mehr als ein bloßes Medium zur Kommunikation güterwirtschaftlicher Dispositionen. Es ist nicht nur Tauschmittel, sondern Vermögen und Kapital. Als solches verleiht es Macht und Einfluss, ist Objekt der Begierde, es ist nicht nur Mittel, sondern Zweck des Handelns. Eine kapitalistische Wirtschaft folgt nicht nur der Logik eines geldvermittelten Gütertausches, sondern der Gütertausch ist seinerseits lediglich ein funktionales Zwischenpiel in einem selbstreferenziellen Prozess der Geldvermehrung.« (Deutschmann 2002: 57)

»Unendlich viel« Geld ist in der Mentalität der neuen Ökonomie zum Medium von Konkurrenz und Durchsetzung und zum Maßstab des Erfolgs geworden. Indem diese so freigesetzte Gier nach Geld nicht mehr sozial rückgebunden ist, vielmehr einer verselbstständigten digitalen Akkumulationslogik folgt, muss eine sozial motivierte Kritik an dieser Grenzenlosigkeit des neuen Reichtums und seiner Verdichtung stumpf bleiben. Reichtum suggeriert Nichtangewiesenheit auf das Soziale, denunziert das Sozialpolitische Prinzip als Ideologie.

Schon Werner Sombart stellte Anfang des 20. Jahrhunderts fest: »Sicher ist zwischen den Ärmsten und den Reichen heute ein größerer Abstand als

damals, nicht etwa weil die Ärmsten ärmer geworden wären, sie sind vielmehr weniger arm, sondern weil die Reichen um so viel rascher an Reichtum gewachsen sind.« (Sombart 1902: 503) Später ging man in Deutschland eher davon aus, dass die sozialpolitisch-sozialstaatliche Zähmung des Kapitalismus die Reichtumsfrage und damit einen eigenen Reichtumsdiskurs erledigt habe. Zumal die Unternehmer selbst sich in der öffentlichen Präsentation entsprechend »vornehm« zurückhielten und später – in den 1950er und 1960er Jahren – höchstens die »Neureichen« als Emporkömmlinge ohne Stil eine öffentliche Rolle spielten. Diese aber waren weniger in den Reichtums- und Machtkartellen des Kapitals verankert, sondern stellten sich als »Konsummillionäre« dar, deren Aufstieg in den bunten Blättern der damaligen Zeit begleitet wurde. Sie waren im Gegenteil eher ein Indiz für die bei uns herrschende »Gewissheit« von der gesellschaftspolitischen Zähmung des Reichtums, und entsprechend schrill war die Art und Weise, wie mit diesen »aus der Art geschlagenen« Reichen, den Müßiggängern des Kapitals, öffentlich umgegangen wurde. Ebenso die »unproduktiven Erben«: Prototypen dafür waren zum Beispiel die Millionenerben Arndt von Bohlen und Hallbach (Krupp) und Gunter Sachs, die als Playboys meist an der Riviera und dort in den sie umgebenden »Schmarotzerszenen« ihre öffentliche Zurschaustellung betrieben. Sie waren die Projektionsmagneten der breiten Massen. Man konnte sie gleichermaßen bewundern wie verachten. Bewundern, wie sie die geheimen Sehnsüchte der Massen jenseits materieller und monetärer Grenzen ausleben konnten, verachten, weil es eben »unproduktive Reiche« waren, die ein entsprechendes Stigma trugen. Der Mittelstand ergötzte sich an ihnen, weil sie ihn gleichsam moralisch erhöhten, vielleicht sogar weil man – aus sicher geglaubter Wohlstandswarte – es gerade als einen Ausdruck für Stabilität ansah, dass sich die Wirtschaftswundergesellschaft solche Orchideen leisten konnte, ohne in die soziale Schieflage zu geraten. Die Existenz dieser »unproduktiven Reichen« der damaligen Zeit hat deshalb auch nie zu einem antikapitalistischen bzw. sozialkritischen Reichtumsdiskurs geführt.

Im heutigen digitalen Kapitalismus aber ist eine qualitativ neue sozialökonomische Konstellation entstanden. Das spekulative Finanzkapital hat in der Dynamik der Globalisierung seine Eigenkraft und Eigenmacht erhalten und entfaltet. Es hat seinen eigenen globalen Markt, entwickelt eine entsprechende ökonomische Macht im nun weltweiten Investitionsspiel und lenkt die Ströme der multinationalen Kapital- und Unternehmenskonzentrationen. Dabei entfaltet es seine spezifische Akkumulationslogik, die sich gegenüber den konkreten Wirtschaftsprozessen längst verselbstständigt hat. »Plötzlich« tritt Reichtum als weltweit operierender ökonomischer und politischer Machtfaktor hervor, löst sich aus seinen sozialstaatlichen und normativ-kulturellen Fesseln und beansprucht in der »Sachlogik« des neuen Kapitalismus – zirkulierendes und grenzenlos verfügbares Kapital als die die Arbeit übertrumpfende Produk-

tivkraft – seine uneingeschränkte Geltung. Dabei entwickelt sich eine sozialpolitische und psychologische Brisanz, die das sozialstaatliche Gleichgewicht, in das Reichtum bisher eingebunden war, dramatisch zu gefährden droht. Die Sombartsche Formel, wonach der Reichtum – auch wenn er mit der industrie-kapitalistischen Modernisierung überproportional wächst – sich letztlich darin legitimiere, dass er im Kontext der Vermehrung der Produktivität und der damit einhergehenden Hebung des Wohlstands aller doch eine sozialintegrale Funktion habe, ist brüchig geworden. Indem die Kapitalakkumulation die technologischen Rationalisierungsprozesse beschleunigt und Produktivität auf Kosten der Arbeit erhöht, wachsen die Kapitalgewinne, ohne dass eine entsprechende gleichgewichtige Vermehrung und Hebung der Arbeit damit einhergeht. Die »Shareholder-Mentalität« zeigt dann auch ihre entsprechenden Züge: Rationalisierungsmeldungen, die in den betreffenden Unternehmen Arbeitsplätze freisetzen und – sozialstaatlich gesehen – strukturelle Massenarbeitslosigkeit verstetigen, werden in der Welt der Aktionäre und Börsianer nicht als Problem, sondern im Gegenteil als Erfolgsbotschaften gehandelt. Gleichzeitig wächst die reine Geldakkumulation zum zentralen Spiel dieses weltweiten digitalen Marktes und legitimiert sich aus einer eigenen Sachlogik. Geldgewinn ist vielerorts zum absoluten Ziel des Wirtschaftens geworden. Egal was produziert wird, wie und für wen, Hauptache, es bringt Gewinn. Schon Georg Simmel hatte in seiner »Philosophie des Geldes« (1904) die These aufgestellt, dass das Geld – neben der Macht und so auch mit ihr verbunden – das Medium ist, das vor allem dann keinen Sättigungsgrenzen unterworfen ist, wenn es abstrakt wird, wenn es schließlich sozial entbettet ist. Dieser Zustand ist heute über den zweiten weltweiten Markt, den digitalen Kapitalmarkt, erreicht. »Unendlich viel« Geld verdienen ist in der Mentalität der neuen Ökonomie zum Medium von Konkurrenz und Durchsetzung und zum Endzweck der biografischen Erfüllung geworden. Indem diese strukturell freigesetzte Gier nach Geld nicht mehr sozial rückgebunden ist, sondern einer digitalen Akkumulationslogik folgt, muss eine sozial eingebettete Kritik an der Grenzenlosigkeit dieses Reichtums und seiner Verdichtung zu unüberschaubaren Machtkonstellationen stumpf bleiben. Sie scheint nicht mehr sozial transformierbar, wird eher als »Sozialneid« psychologisiert und ist damit dem sozialen Konflikt entzogen.

Auch wenn Superreiche Stiftungen finanzieren und Wohltätigkeitsfonds organisieren, so agieren sie nicht sozialpolitisch, sondern im privaten Belieben, auch wenn sie es sozialethisch legitimieren. Ihr Status der Nichtange-wiesenheit nimmt sie aus der sozialpolitischen Dialektik heraus, sie stehen nicht unter dem Druck, an den kapitalistischen Strukturen etwas zu ändern, ihre Wohltätigkeit generiert keine sozialen Rechte für die mit Wohltätigkeit Bedachten. Die Akkumulationslogik ihres Reichtums ist gegenüber Nachhaltigkeit indifferent, mit allem kann spekuliert werden, ob das nun Nahrungs-

mittel, Güter des »gemeinen Eigenen« oder soziale Infrastrukturgüter sind. Deshalb ist die Begrenzung des Reichtums nicht nur eine Verteilungsfrage, sondern auch eine Frage sozialer Nachhaltigkeit.

Die zweite Konfliktsphäre der Nachhaltigkeit, der Konflikt zwischen Entbettung und sozialer Bindung, kann in den Bezügen »soziale Verantwortung« und »soziale Verantwortungslosigkeit« thematisiert werden. Im globalen Eigenleben des Geldkapitals hat sich eine strukturelle Verantwortungslosigkeit des digitalen Kapitalismus entwickelt. Hans Jonas hat in seinem »Prinzip Verantwortung« (1979) darauf insistiert, dass sich das Gebot globaler Verantwortung auf die »Pflicht der Menschheit zur Existenz« und ihrer Wahrung beziehen müsse. Damit konstituiert er einen moralischen Metabezug globaler gegenseitiger Angewiesenheit, in den alle ethnischen und sozialen Gruppierungen eingeschlossen sind und der damit die traditionelle Konflikt- und Angewiesenheits-Konstellation des Sozialpolitischen Prinzips zugleich bestätigt wie übersteigt.

Empirisch finden wir diesen Bezug in zahlreichen, meist unverbindlichen Programmatiken aus Politik und Wirtschaft gleichermaßen. Deshalb müssen wir eine Analyseebene tiefer gehen und fragen, wie es mit der sozialen Verantwortungsbereitschaft von Unternehmen und Konzernen in Bezug auf regionale, nationale, aber auch internationale soziale Probleme wirklich steht. In ihrer empirisch rückgebundenen Analyse zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wirtschaftseliten haben Peter Imbusch und Dieter Rucht (2007) gezeigt, dass die Führungskräfte kleiner und mittlerer Unternehmen sich mehr als Großunternehmen und Konzerne verbindlich zu einer solchen sozialen Verantwortung bekennen und entsprechende Projekte fördern. Das verweist darauf, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen regionaler Bindung und sozialer Verantwortung und zwischen globaler Entbettung und Verantwortungslosigkeit gibt. Eliten aus den global agierenden Konzernen neigen danach eher dazu, soziale Verantwortung auf freiwillige und private Basis zu stellen. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn sich viel von ihnen nichts dabei denken, wenn sie einerseits vollmundige Bekenntnisse zur Corporate Social Responsibility abgeben und andererseits in ihren Konzernen Massenentlassungen ökonomisch rechtfertigen. Es sind ja für sie zwei voneinander getrennte Welten. So lassen sich neoliberalen und wohlfahrtlichen Haltung durchaus – gleichsam als Module – miteinander verbinden.

Hier macht sich wieder – so auch Imbusch und Rucht – jenes privatistische Verantwortungsmodell breit, wie wir es aus dem US-amerikanischen Kapitalismus kennen: »*success and benefits*«. Jene, die es geschafft haben, haben traditionell eine gewisse Verantwortung für die anderen, müssen freiwillig etwas für sie abgeben. Und jene, die »*havenots*«, die etwas davon bekommen sollen, haben sich dieser Gewährung dankbar zu erweisen. Es sind die global agierenden sozialen Bewegungen, die diese Privatisierung der sozialen (und öko-

logischen) Verantwortung aufbrechen und die Verbindung zur menschlichen Existenz- und Überlebensfrage im Sinne von Jonas herstellen. Durch die sozialen Bewegungen erhält die moralische Figur »Verantwortung« ihre soziale Gestalt, über sie wird die zugrunde liegende sozialpolitische Konfliktstruktur sichtbar und thematisierbar.

DAS SOZIALE ALS EIGENWIRKSAME PRODUKTIVKRAFT

Dass gerade die »Sozialbindung der Wirtschaftsordnung [...] Wachstumsperspektiven eröffnet« hat (Lutz 1982: 342), war in den 1960er und 1970er Jahren im westdeutschen Gesellschaftsdiskurs überwiegend Konsens. Noch in den 1990er Jahren, als das Sozialstaatsmodell im Krisendiskurs zu versinken drohte, insistierte der ehemalige Sozialminister Herbert Ehrenberg (1995) darauf, dass »ohne den Produktionsfaktor Sozialstaat keine stabile Wirtschaft« möglich sei. In einer sozialstatistischen Beweisführung zeigte er auf, dass die Durchsetzung sozialer Forderungen gegen die Profitinteressen der Unternehmen nicht nur zu sozialintegrativen Effekten, sondern auch zu ökonomischen Wachstumseffekten geführt habe. Wenn wir nun in unserem Zusammenhang den Begriff des »Sozialen als Produktivkraft« in einem erweiternden gesellschaftlichen Sinne gebrauchen, so meinen wir wieder die dialektische Kraft des Sozialpolitischen Prinzips, die eine ökonomisch-sozial ausbalancierte gesellschaftliche Entwicklung ermöglicht.

Inzwischen scheint der Sozialpolitik-Diskurs nicht nur in Deutschland den Pfad einer solchermaßen eigenwirksamen Sozialpolitik verlassen zu haben. Man sieht die neuere Sozialpolitik eingebunden in die Wachstums-, Beschäftigungs- und Standortpolitik im Spannungsfeld der Globalisierung (vgl. Evers/Heinze 2008). Die damit verbundenen Marktprinzipien des Wettbewerbs und der Effizienz sollen auch die sozialpolitische Sphäre durchdringen und haben inzwischen auch die Schwelle zur Sozialpolitik überschritten. Nur eine in diesem Sinne *investive* Sozialpolitik könnte den Anschluss an die Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung im Zeitalter der Globalisierung sichern und den Sozialstaat von dem Ruch des »Standortrisikos« im internationalen Wettbewerb befreien. Nun hatte auch schon der Diskurs um die sozialstaatliche Sozialpolitik der 1970er Jahre in Deutschland das Leitbild einer Politik der Sozialinvestitionen, sah die Gestaltung des Sozialen gleichsam als Produktivkraft einer modernen demokratischen Industriegesellschaft. Damals sollten die entsprechenden Gestaltungsprinzipien vom sozialen Sektor selbst ausgehen, heute werden sie zunehmend von der Ökonomie bestimmt, »Tendenzen der Vermarktlichung« haben längst Einzug gehalten (Trampusch 2008: 172). Die diesbezüglichen Befürchtungen lassen sich in drei Punkten zusammenfassen: Eine so verstandene »investive« Sozialpolitik könne zur »Handlangerin

der Wirtschaftspolitik werden, die in ihrer liberalen Ideologie sich nicht für soziale Fragen öffnet; damit nur einseitig auf Investitionen in Humankapital ausgerichtet ist und psychosoziale Risiken der Selbstverantwortlichkeit der Betroffenen überlässt.« (Evers 2008: 230)

Eine so *einseitig* ökonomisch orientierte investive Sozialpolitik blendet die Probleme sozialer Integration weitgehend aus. Diese Kritik wird so auch im angelsächsischen Sozialdiskurs forciert (vgl. Jordan 2006). Gerade deshalb ist es wichtig, historisch und aktuell zu zeigen, dass die moderne sozialstaatliche Sozialpolitik aus diesem Spannungsverhältnis zwischen dem Ökonomischen und dem Sozialen entstanden ist und sich in diesem Spannungsverhältnis auch weiterentwickeln wird. Deshalb ist es auch oberflächlich, einfach von der »Ökonomisierung der Sozialpolitik« zu sprechen, da damit nicht deutlich wird, dass es sich hierbei um eine massive Störung der sozialpolitischen Balance handelt. Es gehört zu den historischen Erfahrungen in der Sozialpolitik, dass es den Ökonomisierungsdruck immer wieder – unterschiedlich stark je nach den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – gab, obwohl er heute angesichts einer globalisierten Ökonomie übermäßig erscheint. Aber die internationalen Finanzkrisen der 2010er Jahre zeigen doch, dass eine integrationsorientierte Sozialpolitik als Barriere und Gegenwehr gebraucht wird: »Mit der Globalisierung steigt [...] die Nachfrage nach der Ordnungsleistung von Gesellschaft wieder an – sowohl was die Arbeitsteilung als auch Sozialstruktur und Soziokultur betrifft.« (Schwengel 2011: 334)

Dem Ökonomisierungsdruck war die Sozialpolitik in ihrer Entwicklung – eben vor dem Hintergrund des Grundkonflikts zwischen Kapital und Arbeit, Kapitalismus und sozialer Idee – also schon immer ausgesetzt, die sozialpolitische Balance war nie richtig gesichert. Heute scheint sie fast aus den Fugen geraten zu sein. Die Parole »Wirtschaftspolitik schlägt Sozialpolitik« (Wasner 2008) hat längst die Runde gemacht. Dennoch haben gerade die letzten Jahre gezeigt, wie gesellschaftlich existenziell die sozialstaatliche Sozialpolitik als Barriere und Ausgleichsmechanismus ist. Sie kann aber angesichts der gegenwärtigen Dominanz einer international getriebenen Wirtschaftspolitik nur reaktiv und nicht sozial gestaltend wirken. Deshalb ist es aber umso notwendiger, im Sinne eines dialektischen Verständnis des Sozialpolitischen auf jene – wenn auch zur Zeit verschütteten – sozialen Entwicklungsmöglichkeiten zu setzen, die auch in Zukunft aus der Logik des Sozialpolitischen Prinzips heraus freigesetzt werden. Aber auch von den Menschen wird es Druck geben. Es ist in der sozialstaatskritischen Literatur häufig übergegangen worden, dass – vor allem in Deutschland – das wohlfahrtsstaatliche Sicherungssystem eine hohe Akzeptanz aufweist, auch wenn die Akzeptanz der Sozialhilfe niedriger ist als die der Kranken- und Altersversicherung (vgl. dazu Ullrich 2005).

Wenn wir dem Konzept der investiven Sozialpolitik den Ansatz des Sozialen als eigenwirksame Produktivkraft diskursiv entgegenhalten, so lautet die Hypo-

these: Stabiles und darin sozial ausgeglichenes Wachstum braucht soziale Stabilität. Soziale Integration gehört damit weiter zu den ökonomisch relevanten Produktionsfaktoren, aber eben in der kritischen Spannung zur Ökonomie. Als Argumentationshilfe für diesen Anspruch scheint uns das »Kondratieff-Modell« immer noch am geeignetsten: Lang anhaltende Konjunkturzyklen und Wachstumswellen werden in den Begriff der »Kondratieff-Wellen« gefasst. Solche gleichsam epochalen gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklungsphasen entstehen aus jenem konfliktreichen Zusammenspiel ökonomischer, sozialer und politischer Faktoren, aus dem heraus sich auch die Sozialpolitik entwickelt hat. Wenn sich die jeweils alte Wachstumskonstellation erschöpft hat und eine neue Welle noch nicht sichtbar ist, müssen vor allem auch die staatlichen Regulationssysteme Bedingungen für neue Wachstumsschübe schaffen und diese entsprechend industrielpolitisch wie sozialpolitisch flankieren (vgl. dazu Nefiodow 1996). Seit einiger Zeit befinden wir uns wohl bereits hinter dem Scheitelpunkt der fünften Kondratieff-Welle, deren Entwicklung durch die mikroelektronische Informations- und Biotechnik, durch Rationalisierung und Globalisierung, aber auch durch massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften und wachsende weltweite soziale Ungleichheit bestimmt ist. Die wohlfahrtsstaatlichen Regulationssysteme haben sich dabei zunehmend auf die Standortattraktivität und internationale Konkurrenzfähigkeit ihrer Ökonomien konzentriert und die Regulationsaufgabe sozialer Integration auf Grundsicherungen beschränkt. Das soziale Gleichgewicht, das Voraussetzung für eine störungsfreie gesellschaftliche Transformation des technologisch-ökonomischen Wachstums ist, scheint längst – wenn man es europäisch und darüber hinaus betrachtet – gefährdet. Die weltweiten Probleme sozialer Desintegration, Ausgrenzung, sozialer Ungleichheit und Migration und die Verschärfung des Arm-Reich-Gegensatzes lassen schon mitten im fünften Kondratieff erkennen, dass der sechste Kondratieff einer der *sozialen* Investitionen werden muss, damit die soziale Balance zur ökonomisch-technologischen Globalisierung hergestellt werden kann, will der globalisierte Kapitalismus nicht seine sozialen Grundlagen und damit sich selbst gefährden. Massenhafte soziale Desintegration ist auf Dauer ein wachstumsgefährdender Faktor.

»Für die Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft fehlt es vor allem an psychosozialer Gesundheit. Die größte Wachstumsbarriere am Ende des fünften Kondratieff sind die hohen Kosten der sozialen Entropie – Angst, Mobbing, Aggressionen, Frust, Drogen, Kriminalität – also seelische und soziale Störungen und Erkrankungen und ihre Folgen. Das Volumen, das durch psychosoziale Informationen und Innovationen mobilisiert werden kann, ist um ein Mehrfaches größer als das der anderen Kandidaten.« (Nefiodow 1996: 136)

Mit den »anderen Kandidaten« sind dabei die Biotechnologie, der Umweltschutz, aber auch die erneuerbaren Energien gemeint. Dabei ist die angestrebte Verbindung zwischen Biotechnologie und sozialer Verhaltensregulation brillant. An ihr entscheidet sich, ob die erwähnten psychosozialen Risikobereiche ökonomisch oder sozial definiert werden. Im Juni 2000 sollte der sechste Kondratieff – mit der Verschmelzung von Bio- und Informationstechnologie – als Basisinnovation vorab medial eingeläutet werden. Nicht umsonst stand in diesem denkwürdigen Fernsehauftritt neben dem US-Präsidenten auch der kommerziell orientierte Investor der Genomforschung. Denn nach der Logik des Kondratieff wird diese Basisinnovation in alle Bereiche des Technologischen, Ökonomischen, Sozialen und Kulturellen ausstrahlen, also gesellschaftlich umfassend wirksam sein. An diesem Szenario der totalen Ökonomisierung des biotechnologisch Machbaren ist die Tragweite dieser »genetischen Revolution« zu thematisieren. Angesichts der Zwangsläufigkeit der ökonomischen Logik erscheinen die naheliegend positiven Effekte des Genomprojektes, die Aussichten auf die Heilung von bisher als unheilbar geltenden Krankheiten, auf die Möglichkeit des Nachbaus von Organen und die deutliche Verlängerung der Lebenszeit des Menschen nahezu als Feigenblätter. Auch nicht die alchimistischen Träume von einer genetischen Veredelung des Menschen, denen nun abrupt der Charme der Science-Fiction genommen ist, werden die Diskurse um den Menschen im sechsten Kondratieff steuern. Denn nicht das Machbare allein ist in diesem Zusammenhang das Maß aller Dinge, sondern die unbegrenzten Möglichkeiten der Ökonomisierung des Machbaren. Die entsprechende ökonomische Verwertungsperspektive kann man sich in diesem Zusammenhang zweistufig vorstellen. In der ersten Stufe des sechsten Kondratieff werden die psychosozialen Belastungen und sozialen Desintegrationserscheinungen nicht länger als soziale Probleme definiert und nach entsprechenden sozialen und sozialpolitischen Interventionsmodellen gesucht, sondern sie können nun – weil gentechnologisch fundierte Gegenstrategien in Aussicht stehen – zu technologisch handhabaren Störungen des ökonomischen Wachstumsprozesses umdefiniert werden.

Die »Technologielücke Mensch« (vgl. Luhmann/Schorr 1982), die aus dem Eigensinn des Menschen entspringt und die den ökonomischen Wachstumsprozess seit Beginn der industriekapitalistischen Modernisierung »stört«, soll nun endlich geschlossen werden. Die zweite Stufe des biotechnologisch gespeisten Ökonomisierungsprozesses könnte sich dann dahingehend ausbilden, dass der Mensch selbst und direkt ökonomisch verwertet wird. Dies beinhaltet mehr, als es der Marxsche Entfremdungsbegriff ausgesagt und die Fordsche Vorstellung vom allseitigen Konsumenten beinhaltet hat: Die höchste Stufe des kapitalistischen Verwertungsdrangs, die Einheit von Produkt und Mensch, die Materialisierung des Menschen als Ware, scheint erreicht. Das »Eigensinnige des Menschen, das – in seiner ganzen Ambivalenz von bedrohlichen Risiken

und Gestaltungschancen – die Entwicklung des sozialen Zusammenlebens bisher bestimmt hat, scheint nun aufgehoben, weil biotechnologisch steuerbar zu sein: »Die Sonderung von Menschen nach ihrer genetischen Ausstattung stellt eine fundamentale Gewichtsverlagerung in der gesellschaftlichen und politischen Machtausübung dar. In einer Gesellschaft, in der die Menschen nach ihrem Genotyp stereotypisiert werden können, nimmt institutionelle Macht jeder Art unweigerlich zu. Gleichzeitig wird auch [...] die wachsende Polarisierung der Gesellschaft in genetisch ›höherwertige‹ und genetisch ›belastete‹, wenn nicht genminderwertige Individuen und Gruppen, eine neue starke soziale Dynamik auslösen.« (Rifkin in: Süddeutsche Zeitung 147/2000: 17; vgl. auch Rifkin 2000)

Dabei ist die genetische Prognose noch gar nicht gesichert, da ihre praktische Umsetzbarkeit und Reichweite nicht geklärt ist. Dennoch sind inzwischen weltweite und medial spekulative Anwendungsdiskussionen um das Genom entstanden, die sich längst zum Diskurs verselbstständigt haben. Damit ist gemeint – wenn man den Foucaultschen Begriff des »Kontrolldiskurses« heranzieht –, dass inzwischen eine rhetorische Fassade aufklärerischer Rationalität und Plausibilität errichtet worden ist (›der Mensch enthüllt die letzten Geheimnisse der Schöpfung‹), mit der Interessen der ökonomisch-technologischen Steuerbarkeit durchgesetzt werden können, ohne dass sie thematisiert werden müssen. Nicolas Rose (2000) hat in diesem Zusammenhang von einem Plausibilitätszwang des Gen-Diskurse gesprochen. Dies war schon in der Art und Weise angelegt, in der sich seit den 1990er Jahren der Anlage-Umwelt-Diskurs, in den seit über 100 Jahren die Humanwissenschaften eingebettet sind, von der eindeutig sozialwissenschaftlichen Umweltorientierung hin zum – nun genetischen – Anlageargument gedreht hat. Dieser Drive kommt nicht allein aus dem Machbarkeits- und Erfüllungsfanatismus der Biogenetik und -technologie. Die Problematik des genetischen Diskurses liegt vor allem darin, wie er ökonomisch vorangetrieben wird; nicht so sehr der neue Mensch, als vielmehr der Startschuss für den sechsten Kondratieff wird ausgerufen. Mit machbarkeitsideologischen genomischen Prognosen werden die sozialen Grenzen der Ökonomisierung nicht nur noch weiter herausgeschoben, sondern – und dies stellt die neue Qualität der *genökonomischen* Perspektive dar – die Grenzüberschreitung wird über den und im Menschen selbst vollzogen. Der scheinbar unaufhebbare Gegensatz von Mensch und Ökonomie, von Human- und Warencharakter, welcher die gesellschaftliche Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts in Spannung gehalten hat und im Sozialpolitischen Prinzip gestalterisch vorangetrieben worden ist, droht aufgehoben zu werden. Der biotechnologisch versierte digitale Kapitalismus treibt die soziale Entbindung nicht nur technologisch voran – so das Menetekel –, sondern wird nun auch versuchen können, den Menschen immer weiter nach seinen Gesetzen

zu ›gestalten‹. Dagegen richten sich seit jener Zeit Kampagnen, die diese finale Ökonomisierung des Menschen anprangern:

»Eine Patentierung genetisch veränderter Zellen ist unrechtmässig, weil sie eine Ökonomisierung des Lebens und ein Eigentumsdenken von Lebendigen fördert. [...] Zukunftsfähige Ethik stört den rasanten Prozess der Beschleunigung und plädiert bei Bedarf auch für Moratorien. [...] Das ›Innehalten‹ und die Selbstbesinnung wie -vergewisserung historischer und transzendernter Voraussetzungen ethischer Entscheidungen müssen den Charakter des Mit-Wissens (con-scientia) in unseren Entscheidungen erhalten. Solches ›Mit-Wissen‹ heißt seit der Antike ›das Gewissen‹.« (Iserlohner Aufruf 2000)

Die Konfliktstruktur des Sozialpolitischen Prinzips scheint neu auf. Nur: Die Hypothese der gegenseitigen Angewiesenheit verkehrt sich. Die Menschen sind zur Erhaltung ihrer Humanität auf ein Wirtschaftssystem angewiesen, das sich durch Begrenzung modernisiert. Eine solche reflexive Ökonomie wiederum braucht den kritischen Menschen. Diese aus dem Impuls des Sozialen entspringende Kritik wird somit zum Produktionsfaktor einer *integrativen, das heißt lebensdienlichen Wirtschaftsweise* (vgl. Ulrich 2008).

Komplementär zu dieser Diskussion sehen wir die Auseinandersetzung um eine andere volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, in der eine neue Balance zwischen dem Ökonomischen und dem Sozialen gesucht wird. Es geht dabei darum aufzuzeigen, dass ökonomisches Wachstum nur deshalb möglich ist, weil es durch Sorgearbeit sozial reproduziert, also erst durch sie ermöglicht wird (s.o.). In dieser Interdependenz sind Familienarbeit und Sozialarbeit nicht nur bloße Voraussetzung der Produktion, sondern selbst Produktivkraft. Zwar ist das globalisierte wie rationalisierungsintensive Kapital nicht mehr auf qualifizierte Massenarbeit angewiesen. Damit ist auch die Reproduktionsarbeit weiter abgewertet, eher wieder privatisiert – genauso wie die Bildungsanstren-gungen. Virulent geworden aber ist das wirtschafts- wie gesellschaftsgefährdende Problem der sozialen Desintegration. Und dessen kritische Reflexion und öffentliche Thematisierung kann wiederum das Tor zur Diskussion der produktiven Bedeutung des Reproduktionsbereichs und seiner sozialpolitischen Transformation öffnen.

Inzwischen, seit den 2010er Jahren, ist eine neue Zukunftsdiskussion um den technologischen Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft entbrannt, die zwar nicht explizit sozialpolitisch geführt wird, aber deutliche sozialpolitische Impulse enthält. Danach wird prognostiziert, dass die Menschen in den Industriegesellschaften der 2050er Jahre »zunehmend soziales Kapital erarbeiten [...], während intelligente Technologien in der gewerblichen Arena den großen Teil – nicht alle[r] menschlicher Arbeit ersetzen werden« (Rifkin 2011: 281). Diesem massenhaften Verlust an herkömmlicher Erwerbsarbeit wird man mit einem gewandelten Verständnis von Arbeit und Beschäftigung begegnen und

die Menschen mit einem allgemeinen Grundeinkommen versehen müssen, wenn der ökonomisch notwendige Konsum und die soziale Integration für die ökonomische und soziale Stabilität erhalten bleiben solle. Von neuen sozialen Tätigkeitsfeldern wird gesprochen und damit – gemäß dem Lebenslagenansatz – von neuen kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Nicht oder wenig gesprochen wird davon, dass auch in 50 Jahren der Kapitalismus – eben seinem Wesen nach – profitorientiert sein wird, egal ob er nun in seiner dann digitalisierten Struktur monopolartig oder dezentral organisiert sein wird. Grundeinkommen und neue, kulturell und sozial eigenwertige Tätigkeitsformen werden auch weiter gegen das Kapitalinteresse durchgesetzt werden müssen. Die Grundstruktur des sozialpolitischen Konflikts bleibt erhalten.

DER REGIONALE SOZIALPOLITISCHE RAUM

Der Sozialstaat ist nur eine Form der Institutionalisierung des Sozialpolitischen Prinzips, aber er ist nicht das Sozialpolitische selbst. Mit diesem Rückbezug auf Heimann muss u. E. die Argumentationskette zur Zukunft des Sozialen aufgebaut werden. Indem sich das Sozialpolitische Prinzip im Koordinatensystem von Sozialstaat, Bürgergesellschaft und Neuen Sozialen Bewegungen wesentlich erweitert hat und der Sozialstaat im Globalisierungsprozess entgrenzt worden ist, muss der Ort des Sozialpolitischen Prinzips neu definiert werden. Nicht außerhalb des Sozialstaats, sondern in diesem Koordinatensystem, in dem der Sozialstaat weiter eine – wenn auch mehr vermittelnde, begleitende und darin ermöglichte – Rolle für die Konstitution des Sozialen spielt. Wir müssen also weniger institutionell-staatlich, als vielmehr stärker räumlich und darin *regional* denken. Von der sozialpolitischen Hypothese der Angewiesenheit ausgehend, wollen wir diesen regionalen sozialpolitischen Raum als wechselseitiges Geflecht von Angewiesenheiten begreifen, aus dem heraus sich die Kraft des Sozialen heute und in Zukunft thematisieren lässt.

Wir beginnen dennoch mit dem Sozialstaat. Der Kapitalismus ist auch im Zeitalter der Globalisierung auf den Sozialstaat angewiesen, weil er letztlich soziale Stabilität in den Gesellschaften braucht, um nicht selbst instabil oder gar zerstört zu werden. Was vom Sozialstaat bei allem Abbau für die Gesellschaft bleibt, ist die kollektive Hintergrundsicherheit, die er immer noch garantiert. Auf diese Hintergrundsicherheit sind alle sozialen Bewegungs-koordinaten angewiesen, auch wenn sie sich gegen den Sozialstaat wenden. Wir haben gezeigt, dass sich die Bürgergesellschaft nicht ohne diese sozialpolitische Hintergrundsicherheit entfalten kann und die sozialen Bewegungen diesen Rückhalt brauchen, wenn erweiterte und anhaltende soziale Energien frei werden sollen. Auch neuere sozialpolitische Reformvorschläge, die weni-

ger auf die Staatstätigkeit, sondern ähnlich wie wir auf die Entwicklung und Belebung einer regionalen sozialen Infrastruktur setzen, bestehen auf dieser Hintergrundsicherheit, die etwa ein allgemeines, von der Erwerbsarbeit unabhängiges Grundeinkommen gewährleisten soll (vgl. Hirsch et al. 2013; Butterwege 2014).

Nun ist weiter zu fragen, wie dieses neue sozialpolitische Magnetfeld sozial erfahren werden kann und wie sich in dieser Erfahrung jene kollektive Identität und entsprechende Akteursperspektive ausbilden kann, wie sie neueren Sozialstaatskritikern vorschwebt (vgl. z.B. Lessenich 2013). Wir führen hier den Begriff des *regionalen sozialpolitischen Raums* ein, das heißt wir versuchen, das Spannungsfeld Ökonomie – Sozialstaat – Bürgergesellschaft – soziale Bewegungen zu verräumlichen, gleichsam in einen Aneignungs-Zusammenhang zu bringen und damit erfahrbar und darin politisch aktivierbar zu machen. Wir gehen dabei davon aus, dass sich soziale Konflikte umso mehr in lokale und regionale Räume verlagern und dort befriedet werden sollen, je schwächer die politische Gestaltungsmacht des Sozialstaates ist. In dem von uns gemeinten regionalen sozialpolitischen Raum hingegen sollen soziale Konflikte in dem Sinne sozial produktiv ausgetragen werden können, dass sich aus ihnen heraus Initiativen und Projekte bilden, die das Soziale in seiner Eigenkraft neu beleben und zu kollektive Identitäten führen, die sich auch gegenüber dem Sozialstaat sozialpolitisch verständigen können. Der Sozialstaat fördert die Entwicklung solcher regionaler sozialpolitischer Räume durch eine entsprechende Modellpolitik. Damit begibt er sich selbst in politische Risikozonen.

Wir wollen im Folgenden einmal einen solchen regionalen sozialpolitischen Raum als Möglichkeitsraum am Beispiel der Entwicklungen der 1970er Jahre in Westdeutschland beschreiben. Nicht, weil wir glauben, wir könnten diese Zeit zurückholen. Es ist aber die Zeit, aus der man immer noch die Struktur- und Bewegungsmuster, wie sie sich in sozialpolitischen Räumen entwickeln können, herausarbeiten kann. Was davon heute noch oder wieder geht, gilt es anschließend zu diskutieren. Es war die Zeit, in der der Sozialstaat aus seinem institutionellen Gehäuse hervorkam und das politische Risiko einging, aus seinem eingefahrenen gesellschaftlich-ökonomischen Befriedungsmanagement herauszutreten. Natürlich wurde er durch die Menschen – vor allem durch die Protestgenerationen der 1968er und Nach-68er-Bewegungen – herausgelockt, gleichzeitig aber musste sich der Sozialstaat in Richtung des gesellschaftlichen Experiments und Konflikts öffnen, da dem Druck zur gesellschaftlichen Modernisierung nicht mehr auszuweichen war. Die durchaus bürgergesellschaftlichen Bewegungen der damaligen Zeit, die zuvor in die Sozialstaatskompromisse eingeschlossen waren, brachen auf und entfalteten sich in der sozialstaatlichen Sphäre – aber eben nicht gegen den Sozialstaat, sondern ihn auffordernd: zuerst die neuen Jugendbewegungen, später die neue Frauenbewegung. Beide wurden

und werden bezeichnenderweise auch als politische Selbstbildungsprozesse gehandelt.

Die Studenten-, Schüler-, Jugendzentrums- und Lehrlingsbewegungen der späten 1960er und 1970er Jahre hatten alle Züge eines bürgerschaftlichen Projektes. Im Mittelpunkt ihrer Programmatiken und ihrer Praxis stand immer die Idee, die Erlangung der eigenen Autonomie mit der Verantwortung für andere – sei es in der eigenen Gesellschaft oder in der Dritten Welt – zu verbinden. Sie bevölkerten, wie in anderen westeuropäischen Ländern der damaligen Zeit auch, zuerst die Straße, später aber – und hier kommt wieder die deutsche Besonderheit ins Spiel – die Orte der sozialstaatlich geförderten Modellprojekte. Exemplarische Beispiele waren die zentralen und regionalen Bildungsstätten, von denen aus Kampagnen und Aktionen gestartet wurden, die demokratische Gemeinsamkeit in der Vertretung der Interessen von Jugendlichen und sozial Benachteiligten erzeugen, die Politik aus ihren institutionellen Gehäusen herauslocken und den Konflikt als gesellschaftliche Bewegungsform austesten sollten. Diese Aktionen und Kampagnen wurden immer wieder gebündelt, strukturiert, reflektiert, bekamen Bildungscharakter. Die aktivistischen Gruppen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen versuchten, eigene Bildungsprozesse einzuleiten. Schon die kämpferische Programmatik der Studentenbewegung – die Rede vom Marsch durch die Institutionen – hatte diese Bildungsperspektive angedeutet. Dieser Bildungscharakter machte es dem Sozialstaat auch möglich, diese Bewegungen zu transformieren und letztlich zu Akteuren sozialstaatlicher Modernisierung werden zu lassen. Die »Umbildung«, Erweiterung und Demokratisierung des Sozialstaates waren dann auch Ziele, die Ende der 1970er Jahre in zahlreichen Modellprojekten in sozialstaatlicher Regie avisiert wurden.

Auch die neue Frauenbewegung der auslaufenden 1970er und der 1980er Jahre mündete in eine Vielzahl sozialstaatlich geförderter Aktions- und Bildungsprojekte. Hier können wir ebenfalls jene Grundstruktur der Spannung von Autonomie und Verantwortung für andere aufschließen, die für die bürgergesellschaftliche Perspektive konstitutiv ist. Die sozialstaatliche Kontextualisierung der feministischen Bildungs- und Selbstbildungsaktivitäten war aber genauso offensichtlich: Der weitere ökonomisch-technologische Modernisierungsschub des Kapitalismus verlangte mehr qualifiziertes Humankapital, das vom Sozialstaat mobilisiert werden musste. Der Sozialstaat wurde so auf der einen Seite offen für die Ansprüche der Frauenbewegung, er musste sich dem Geschlechterkompromiss öffnen und diesen dynamisieren und konnte dies tun, weil die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft die entsprechende Beteiligung der Frauen verlangte. Die Frauenbewegung und ihre sozialstaatliche Kontextualisierung wirkten so strukturell zusammen. Die für den Fordismus typische Trennung von Produktion und Reproduktion und die damit verbundene geschlechtshierarchische Arbeitsteilung wurden nivelliert,

wenn auch strukturell nicht aufgehoben. Mit der Transformation der feministischen Bewegung in die Gleichstellungspolitik des Sozialstaates erhielt die Frauenbewegung gleichsam den Charakter einer sozialstaatlichen Bürgerinnenbewegung. Die in den 1980er Jahren entwickelten und öffentlich geförderten stadtteil- und bürgernahen Modelle der Mütterzentren, der Frauenberatung und der Mädchenarbeit wurden in der Regel von Feministinnen getragen, die dort hauptamtlich arbeiteten, sich aber auch ehrenamtlich engagierten.

Soziale Initiativen und Aktivitäten sozialstaatlich-bürgergesellschaftlichen Charakters entstanden in den 1980er Jahren auch im Rahmen der und in Spannung zur sozialstaatlichen Regional- und Stadtentwicklung. Die soziale Modernisierung der 1980er Jahre zielte nicht nur auf die Bildungsmobilisierung bisher übergangener oder benachteiligter Gruppen ab, sondern vor allem auch auf die regionale Angleichung der Lebensverhältnisse im Gesamtrahmen einer sozial und regional gleichgewichtigen Infrastrukturpolitik als Bedingung sozialökonomischen Wachstums. Diese bezog sich vor allem auf den Ausgleich des Stadt-Land-Gefälles und die Entflechtung und soziale Neustrukturierung der großstädtischen Ballungsgebiete. Gerade im kleinstädtisch-ländlichen Bereich konnte man beobachten, wie sich die Bevölkerung im Zuge innerer Migrationsbewegungen demografisch-territorial umschlug und neu zusammensetzte. Es gehört bis heute zur Typik der Regionalentwicklung im west-ostdeutschen Vergleich, dass in den westdeutschen Regionen des kleinstädtisch-ländlichen Raums nahezu die Hälfte der Bevölkerung aus Neusiedlern besteht, die in den 1980er Jahren im Zuge der Regionalentwicklungsprogramme in diese ökonomisch und sozial neu entwickelten Räume einzogen. Die traditionelle Dichotomie zwischen Stadt und Dorf löste sich entsprechend auf, die Regionen – gemeindeübergreifende sozialräumliche Gebilde zwischen Dorf und Stadt – wurden zu sozialen und kulturellen Orientierungs- und Bezugsgrößen einer zunehmend enttraditionalisierten ländlich-kleinstädtischen Bevölkerung. Es entstanden Räume für bürgerschaftliche Initiativen und Aktionen, die sich deutlich von den klassischen Formen des dörflichen ehrenamtlichen Engagements unterschieden. Während dieses in feste Traditionenformen dörflicher Kontrolle eingebunden war, pochten die Mitglieder regionaler Initiativen auf ihre Autonomie als Regionalbürgerinnen und -bürger und richteten ihr Augenmerk auf die Entwicklung gemeinsamer regionaler Interessen, welche jenseits der dörflichen Begrenzung lagen, wiewohl sie in die dörflichen Bereiche zurückwirkten. Ein Spezifikum dieser Regionalinitiativen im ländlichen Bereich mit ihren typischen sozialen und kulturellen Aktivitäten (regionale Fraueninitiativen, Kulturprojekte, Kampagnen für sozial Benachteiligte) war, dass sie regionale Öffentlichkeiten schufen, in denen Gruppen und Argumente zum Zuge kamen, die sich in den bornierten Dorfförfentlichkeiten nicht entwickeln konnten. Auch diese Aktivitäten und Initiativen wurden in sozialstaatlich geförderten Bildungsprozesse transformiert. Die ländlichen

Heimvolkshochschulen und andere Bildungsstätten erlebten einen unerhörten Aufschwung, sie wurden zu Magnetpunkten regionalen bürgerlichen Engagements.

Auch im großstädtischen Bereich lassen sich in Westdeutschland in den 1970er und 1980er Jahren eine Vielzahl von stadtteilbezogenen Initiativen ausmachen, die von ihrer Grundstruktur her bürgergesellschaftlich ausgerichtet waren und es auch heute (wie im ländlich-kleinstädtischen Raum, wenn auch meist auf Interessengruppen begrenzt) noch sind. In den Großstädten waren es vor allem die Initiativen, die sich um eine sozial ausgewogene Sanierung der Altstadtviertel bemühten, die als Mieter- und Gemeinweseninitiativen in den großen Trabantenstädten versuchten, ein gemeinsames Bewohnerbewusstsein auszubilden und die psychosozialen Folgen der Heimatlosigkeit und isolierenden Verhäuslichung in den wuchernden Satellitenstädten zu durchbrechen. Die überall auftauchenden Stadtteilzeitungen und Stadtteilradios schufen Öffentlichkeiten, in denen die Bürgerinnen und Bürger nicht nur ein Forum für eigene Gruppeninteressen fanden, sondern auch in ein Netzwerk kommunalen Engagements eingebunden wurden. Die städtischen Volkshochschulen waren zu dieser Zeit nicht nur Umschlagplätze für solche Initiativen und Aktivitäten, sondern vor allem auch Orte, in denen die Themen- und Aktionsformen aufgenommen und in eine lebensweltlich und sozialräumlich orientierte politische Bildung umgesetzt wurden. Gerade in diesen Initiativen des städtischen Bereichs – vor allem wenn sie sich gegen bürokratisierte Planungen und profitorientierte Kapitalinteressen in der Stadtsanierung richteten – zeigte sich, welche sozial aktivierende und integrierende Rolle der Konflikt als Gesellschaftsform spielte und dass sich in den so erzeugten Spannungsfeldern Autonomie- und Gemeinschaftsstreben gleichermaßen herausbilden konnten.

In gewissem Sinne kann man auch die Bildungsbewegungen, wie sie sich im Rahmen der sozialstaatlich geförderten Programme zur Humanisierung der Arbeitswelt und zur Mitbestimmung bildeten und um die gewerkschaftlichen Bildungsstätten kristallisierten, zu den sozialstaatlich rückgebundenen und transformierten bürgerlichen Initiativformen rechnen. Denn ihr Engagement bezog sich ja nicht nur auf die betrieblichen Binnenstrukturen, sondern reichte auch in andere gesellschaftliche Sphären hinein. Auch in den Mitbestimmungskampagnen ging es ja darum, die Emanzipation des Arbeiters und Angestellten im Betrieb mit der Verantwortung für den Gesamtbetrieb, seiner regionalen Integration und sozialen Verantwortung im regionalen Umfeld zu verbinden.

Grundlegend für und rückführbar auf unseren gesamten Argumentationszusammenhang aber bleibt das Problem, dass diese sozialpolitisch-bürgergesellschaftlichen Perspektiven in dem Maße zurückgedrängt worden sind, in dem das sozialstaatliche Spannungsverhältnis in seiner früheren sozialpolitischen Dialektik nicht mehr wirkt. So wie der digitale Kapitalismus auf den Sozialstaat

einwirkt, sich ihm entzieht und gleichzeitig nutzt, sind aus den demokratischen Konflikten, welchen die neuen Jugend-, Frauen- und Regionalbewegungen den bürgerschaftlichen Antrieb gegeben haben, funktionale Module geworden, die auf jene sozialen Schlüsselkompetenzen abzielen, die die neue Ökonomie verlangt: Konfliktfähigkeit ist nun auf Flexibilisierung, Verantwortung für andere und Empathie auf Steuerung bezogen. Die Entgrenzungsprozesse haben ihr Übriges getan. Die Jugendphase ist inzwischen so sozial belastet und in der Generationenkonkurrenz, dass sie sich nicht mehr in einem gesellschaftlichen Generationenkonflikt politisieren kann. Die Frauenbewegung erscheint in der Steuerungsperspektive des Gender-Mainstreaming, die Geschlechtergleichstellung ohne Konflikt verlangt, aufzugehen. Das neue Magnetfeld der Globalisierung hat die Regionen in einen Wettbewerb treten lassen, sie sind von lokalen Gestaltungswelten zu gespaltenen Standorten geworden, die Frage, ob eine Region ökonomisch abhängt ist oder nicht, steht vor dem inneren Gestaltungsdiskurs.

Dennoch kann man heute die damalige Entwicklung als Diskursmodell gebrauchen, ohne dass man vergangene Zeiten wieder heraufbeschwören will. Denn Initiativen und Projekte sind ja weiterhin da, aber sie sind partikular geworden, unverbunden, oft in Projektkonkurrenz zueinander. Hier macht sich die effizienzorientierte Aktivierungspolitik des Sozialstaats bemerkbar, die diese Entwicklung fördert und dadurch die Entwicklung sozialpolitischer Räume blockiert. Die europäische Förderungsinitiative »Netzwerke statt Maßnahmen« ist angesichts der nationalen Ökonomisierung des Förderungswesens verpufft. Eine Sozialpolitik, die sich sozial gestaltend und nicht nur ökonomisch investiv (s.o.) versteht, könnte sich also die Neuentwicklung sozialpolitischer Räume zum Ziel machen.

Würde das bürgergesellschaftliche Programm den Anspruch haben, sein Ziel der Stärkung von Autonomie gegen kapitalistische Verwertungslogiken durchzusetzen, dann bräuchte die Sozialpolitik soziale Konflikt- und Aushandlungsräume, die im Prozess der Vergesellschaftung des Sozialpolitischen geschaffen wurden. Denn die Menschen sollen ja nicht nur als partikulare Interessengruppen auftreten, sondern die Möglichkeit erhalten, soziales Miteinander und sozialen Konflikt in der bestehenden gesellschaftlichen Spannung zu erfahren. Es sollen also nicht nur bürgerschaftliche Ersatzleistungen für den Sozialstaat erbracht, sondern die sozialpolitische Spannung in der Gesellschaft soll – nun im Verhältnis von Bürgern, Ökonomie und Sozialstaat – neu aufgeladen werden.

Dahinter steht die Überlegung, dass es einer grundsätzlichen Neubebung der Sozialpolitik bedarf, um eine soziale Gegenwelt und damit ein soziales Spannungsverhältnis zur Entwicklung des digitalen Kapitalismus aufzubauen. Unser Ausgangspunkt dabei ist, dass die sozialen Spannungen, wenn sie politisch nicht übergangen werden, umso intensiver im Lebensalltag der

Menschen bewältigt werden müssen, da öffentliche Räume der sozialpolitischen Thematisierung immer rarer werden. Gerade die lokalen Initiativen zur Verbesserung und Veränderung der sozialen Infrastruktur sind angesichts der gegenwärtigen sozialen Spannungen nicht von der politischen Klärung eines gemeinsamen Begriffes von Bürgergesellschaft abhängig, sondern davon, wie durch eine neue Sozialpolitisierung der Probleme der Privatisierungsdruck vom Bewältigungshandeln der Menschen genommen werden kann.

Die Versorgungsstruktur des Sozialstaats hat sich inzwischen so entwickelt, dass sie kaum mehr als Hintergrundsicherung für soziale Aktivitäten, sondern zunehmend als individuelle Endsicherung begriffen wird. Damit löst der Sozialstaat keine Gestaltungsaufforderung in der Bevölkerung mehr aus, wie das noch in den sozialstaatlichen Modellbewegungen der 1970er Jahre der Fall war. Damals stand der Sozialstaat mitten in einem Spannungsverhältnis, das der Modernisierungsdruck auf die Ökonomie *und* die soziale Sphäre der Gesellschaft auslöste. In diesem Spannungsverhältnis steht der Sozialstaat heute nicht mehr. Gleichzeitig konnten wir im Kapitel zur sozialen Nachhaltigkeit aber sehen, dass die Angewiesenheit auf die natürlichen Lebensgrundlagen eine wechselseitige ist. Deshalb ist es notwendig, den Diskurs um die Wiederbelebung des Sozialpolitischen Prinzips zu forcieren, anstatt in der einseitigen Sozialstaatskritik stecken zu bleiben. Dieser Diskurs, der die erweiterte sozialpolitische Hypothese in den Mittelpunkt stellt, sucht seine Verbündeten in allen Bereichen des sozialpolitischen Magnetfelds einschließlich der Ökologie.

Mit der qualitativen Verbindung von Bürgergesellschaft und Sozialstaat im Sinne der Aufladung eines neuen sozialpolitischen Spannungsverhältnisses rücken die Prozesse der inneren Transformation und die damit verbundene Perspektive einer *Politik der Bewältigung* in den Vordergrund der bürgerschaftlichen Neubelebung des Sozialen im digitalen Kapitalismus. Bewältigung meint Streben nach Handlungsfähigkeit in kritischen Lebenskonstellationen (vgl. Böhnisch 2016). Das kommt Anthony Giddens' Konzept einer »Politik der Lebensführung« (1997) nahe, in dem er den Versuch unternommen hat, angesichts der gesellschaftlichen Entgrenzungen und Risiken, die solche kritischen Betroffenheiten freisetzen, Politik als lebensweltliche Gestaltungspolitik neu zu denken. In dem Maße, in dem die Menschen diese Entgrenzungen selbst spüren und sich nicht mehr auf tradierte Sicherheiten verlassen können, braucht es – so Giddens – eine Politik, welche konkrete Lebensthemen direkt aufnehmen kann und sich nicht länger nur auf institutionalisierte Verfahren beruft. Er meinte damit also eine Politik, die den Menschen Entscheidungen in einer unübersichtlichen Risikogesellschaft und damit Orientierungssicherheit ermöglichen kann. Für ihn ist das »keine Politik des persönlichen Bereichs« (Giddens ebd.: 132), sondern er sieht darin die Aufforderung, eine Politik zu schaffen, die »im Kontext der gesellschaftlichen Belange und Ziele« für die In-

dividuen und Gruppen, die nun aus traditionellen Strukturen freigesetzt sind, Chancen eröffnet, an einer »Veranlassung des Geschehens« mitzuwirken, »anstatt dass ihnen die Dinge widerfahren.« (Ebd.: 36) Das Persönliche soll mit dem Gesellschaftlichen, Kollektiven neu vermittelt werden (vgl. auch Kahlert 2006). Der Begriff *Bewältigungspolitik* scheint u. E. diese Intention besser zu treffen als der Begriff »Politik der Lebensführung«, der das Kritische und Konflikthafte der Betroffenheiten im Gegensatz zum Bewältigungsbegriff nicht ausdrücken kann.

Das bedeutet vor allem, dass auch die gesellschaftlichen Bildungssysteme kollektive Strukturen ausbilden müssen und nicht weiter nur Selektionsstrukturen sein dürfen. Die Menschen sollen schon als Jugendliche erfahren, dass es sich lohnt, an sozialer Gemeinsamkeit orientiert zu sein sowie sich auf soziale Konflikte einzulassen und dass dies nachhaltigere sozialbiografische Verankerungen schafft, als der dauernde Zwang zur individuellen Positionierung im Wettbewerb um Leistungen und Erreichbarkeit. Für die Schule bedeutet diese Aufforderung, selbst auch den Gestaltungsauftrag wiederzuentdecken, eine radikale Neuverortung. Zurzeit gerät sie in Gefahr, zum nackten Selektionsapparat mit ordnungsstaatlicher Hintergrundlegitimation zu werden. Denn sie ermöglicht kaum kritische Erfahrungen im Umgang mit den Bildungs- und Verhaltensaufforderungen des digitalen Kapitalismus und der Bewältigung seiner sozialen Folgeprobleme.

Das bedeutet aber auch, dass die Schule lokal in eine »civic culture« eingebettet sein muss, die die alten Sozialverträge in der Kommune ablösen kann. Diese waren eingebettet in traditionelle Selbstverständlichkeiten, die heute zu Ideologien einer individualisierten Bürgerschaft geworden sind: Bürgersinn, Zusammenhalt, Gemeinwohl. Sie werden umso mehr beschworen, je weniger sie eingelöst sind. In der Wirklichkeit ist die kommunale Sozialwelt meist ein Apparat fachlicher Zuständigkeiten ohne bürgergetragene Sozialkultur. Jeder schaut, wie er zurechtkommt, und stellt soziale Ansprüche aus seinem Ego-bezirk heraus. Bildungs- und Jugendpolitik interessiert nur, wenn es um die eigenen Kinder geht, soziale Probleme sind dazu da, dass sie einem vom Leibe gehalten werden.

Ein Diskurs um neue Sozialverträge muss deshalb von der sozialpolitischen Hypothese der gegenseitigen Angewiesenheit ausgehen. Es geht nicht mehr darum, Bürgerinnen und Bürger für (sonst fachlich abgeschirmte) soziale Projekte »zu gewinnen« und ihnen dabei das Gefühl zu geben, sie hätten Dingen zuzustimmen, die ihnen selbst nichts bringen und Menschen zugutekommen, die sie eigentlich nichts angehen. Deshalb muss – wie dies aus der langen Geschichte von Gesellschafts- und Sozialverträgen bekannt ist – an den Integrationsperspektiven der Einzelnen angeknüpft werden: Du und deine Familie werden sich in dieser Stadt nur wohlfühlen und sozial eingebunden sein können, wenn ihr begreift, dass es euren Kindern in Kindergarten und Schule

nur dann gut geht, wenn auch etwas für die anderen Kinder und Jugendlichen getan wird. Ihr müsst begreifen, dass gleichberechtigte Lebensräume für alle die kulturelle Qualität und das soziale Wohlbefinden in der Gemeinde eher steigern als eine Ghettoisierung, die Abgrenzung, Abwehr und Angst erzeugt und in diesem Sinne regressiv auf das kommunale Klima zurückwirkt, und schließlich auch: Wenn du in unserer Stadt alt werden willst, musst du dich auch um die kommunalen Generationenbeziehungen und soziale Öffentlichkeit für alte Leute kümmern und dich auch mit anderen Bürgerinnen und Bürgern darüber verständigen können. Die kommunalen Institutionen sind in diesem diskursiven Modell nicht mehr die ersten (und bisher meist einzigen) Ansprechpartner, sondern sie erhalten nun die Funktion, solche Diskurse um neue Sozialverträge anzustoßen und Raum dafür zu geben. Ein strategischer Ort, durchaus als sozialpolitischer Möglichkeitsraum, könnte hier die Schule sein.

Wenn aber die Schule in die Civic Culture der Gemeinde eingebettet werden soll, dann muss sie auch in ihrem institutionellen Inneren eine Civic Culture, eine entsprechende Konflikt- und Vertragskultur, entwickeln können. Wir haben dargestellt, wie sich die Grundstruktur des Sozialpolitischen Prinzips im Konflikt zwischen Ökonomisierung und Humanisierung der Bildungswelt spiegelt. Dieser Konflikt bestimmt die Bildungsdiskussion schon seit längerer Zeit und spielt bei den periodisch aufbrechenden Diskursen zur Schulreform eine inzwischen wohlbekannte Rolle. Soll die Schule eher zur Anpassungsfähigkeit oder zur Konfliktfähigkeit erziehen?

»Schulen sind Lerngemeinschaften und weniger eine Polis. Schulen haben ihr eigenes Leben, aber sie sind nicht das Leben selbst; sie haben nicht wie dieses den gleichen Ernstcharakter [...] und sind nicht den gleichen Macht- und Spannungsverhältnissen ausgesetzt, wie sie in den politisch-gesellschaftlichen Handlungsbereichen bestehen. Deshalb können Schulen auch keine Polis sein, aber sie sollten anstreben, demokratisch ausgerichtete Lerngemeinschaften in Richtung des Ideals der Polis zu sein.« (Aurin 1999: 175f.)

In dieser auf die Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns in der Schule gemünzten schulpädagogischen Bilanz kommt die Komplexität wie die Verlegenheit in der Einstufung der Schule als politischem Ort zum Ausdruck. Zum einen versuchen die Jugendlichen, die Schule zunehmend als sozialen Raum zu betrachten und beanspruchen, ihr Leben mit seinen sozialen Problemen in die Schule hineinzutragen; ein Leben, das dem schulischen Jugendbild von Moratorium und Bedürfnisaufschub nicht mehr entspricht. Zum anderen ist die Schule ihrem Anspruch nach immer noch ein gesellschaftlich separierter Bildungsraum, der Lernen ohne direkten arbeitsgesellschaftlichen Verwertungzwang ermöglichen soll. Dennoch wirkt der bildungspolitische

Ökonomisierungsdruck (s.o.) in die Schule hinein. Die schulische Welt ist so gesehen eine politische Welt, auch wenn sie sich sträubt, eine zu sein. Die Spannung zwischen diesen beiden Wirklichkeiten macht die politische Verlegenheit der Schule aus.

Die Schulentwicklungsforschung geht in diesem Zusammenhang davon aus, dass eine Demokratisierung der Schule vor allem erst einmal um der Schule willen angestrebt werden müsse. Partizipation wird in der modernen Schule vor allem auch dazu gebraucht, dass die »Akteure vor Ort« – Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Eltern – mehr Eigenverantwortung übernehmen und damit die Steuerung schulischer Prozesse verbessern helfen. Auch herrscht darüber Konsens, dass Partizipation die Integration in und die Identifikation mit der Schule fördert. Das alles unterscheidet die Frage der Partizipation in der Schule nicht von der inzwischen geläufigen Erkenntnis der Funktionalität von Partizipation in modernen Industriebetrieben. Schwieriger wird es schon, wenn es um die Schule als Raum der Interessenartikulation und Mitbestimmung geht. Bezieht sich die Mitbestimmung nun auf die Schülerrolle oder auf die Anerkennung der Schülerinnen und Schüler als Bürgerinnen und Bürger? Auch die Frage, wie weit die Schule sich ins Gemeinwesen hinein mit Projekten öffnen kann, in denen die Schülerinnen und Schüler als Bürgerinnen und Bürger auftreten können, ist in den schulpolitischen Diskussionen durchaus kontrovers.

Bleibt die politisch-pädagogische Frage, inwieweit Schulen in der Lage sein können, den demokratischen Konflikt zum Medium ihres Erziehungsalltags zu machen. Dies bietet sich unter verschiedenen Aspekten an. Zum einen gehören Konfliktfähigkeit und Konfliktmanagement zu den Schlüsselkompetenzen, die später in Arbeit und Biografie gebraucht und in einer unübersichtlichen Sozialwelt zunehmend verlangt werden. Zum anderen ist der Konflikt ein Element der Jugendkultur, und mit dieser kommen auch Konflikte der Schule ins Haus. Deshalb müsste – wenn wir uns an den funktionalen Zusammenhang von Konflikt und Integration erinnern – der Schule daran gelegen sein, Räume zu öffnen und Verfahren zu schaffen, in denen Konflikte ausgetragen und einer demokratischen Integrationsperspektive zugeführt werden können. Dass dies auch dem Unterricht zugutekommt – z. B. in der Förderung innerschulischer kooperativer Lernformen –, soll hier nicht weiter vertieft werden. Wichtig an solchen Konfliktmodellen ist vor allem ihre soialisierende Funktion. Das heißt, sie erzeugen nicht nur Integrationseffekte im Sinne von Identifikationen mit der Schule und Ansätze sinnstiftender Schulkultur, sondern lassen auch den Schülern bewusst werden, dass sie hier eine soziale Kompetenz über die Schule hinaus erwerben können. Für die Schule als Ort politischer Sozialisation ergibt sich deshalb erst recht die Aufforderung, den Monolith Unterricht aufzubrechen, produktiv zu entgrenzen. So wie sich in das Jugentalter der Ernstfall des Lebens vielfältig eingeschlichen hat, muss

die Schule diesem Ernstcharakter Rechnung tragen und die Jugendlichen als junge Bürgerinnen und Bürger anerkennen: Es geht längst nicht mehr nur um ein Moratorium, in dem Jugendliche von arbeitsgesellschaftlichen und bürgergesellschaftlichen Verpflichtungen entbunden und separiert sind, auch genauso um soziale Teilhabe im Sinne von zumindest schulintern kodifizierten Bürgerrechten. Dieser Ambivalenz kann sich die Schule nicht entziehen.

Von daher ist es nicht abwegig, vom »Arbeitsplatz Schule« zu sprechen und in diesem Kontext Überlegungen zur »Humanisierung der Schule« (vgl. Schirp 1993) anzustellen. Hier sind wir bei der sozialpolitischen Rahmung der Schule. In diesem Sinne wurde in den 1980er Diskursen zur Schulreform auch versucht, die Schulreformdiskussion an die Diskussion um die »Humanisierung der Arbeitswelt« anzubinden, um damit das Prinzip der institutionalisierten Gegenseitigkeit und Vertraglichkeit einbringen zu können, in das Beteiligungsrechte eingebunden sind. Ein zugleich humaner wie entwicklungsfördernder Arbeitsplatz Schule kann für die Verfechter der Humanisierung von Schule aber wiederum nur dort entstehen, wo sich die Leistungsdefinition nicht nur auf stofflich-curriculare Leistungen, sondern auch auf soziale und sozialräumliche Kompetenzen bezieht, Raum für soziale-motivationale Auseinandersetzungen wie soziale Konflikte gleichermaßen gegeben ist. So kann die Schule vor allem in der Sekundarstufe II zum Forum der Entwicklung sozialer Ideen werden, die in das lokale Umfeld ausstrahlen können. Natürlich ist die Schule in ihrer institutionellen und biografischen Stellung kein Arbeitsplatz wie der Erwerbsarbeitsplatz. Ein neues institutionelles Verständnis vom Arbeitsplatz Schule und vom Schüler als Bürger erkennt aber die soziokulturelle Selbstständigkeit der Jugendlichen trotz ihres ökonomischen Abhängigkeitsstatus an und schafft somit erst die Voraussetzung dafür, dass Schülerinnen und Schüler sich als Bürgerinnen und Bürger verstehen können, indem nun ihr Leben mit der Schule so produktiv verwoben sein kann, dass sie nicht mehr zwanghaft die schulische und außerschulische Sphäre auseinanderhalten müssen.

DAS NEUE ALTER IN SEINEN SOZIALPOLITISCHEN MÖGLICHKEITEN

In den letzten Jahren machen soziale Aktivitäten älterer Menschen – Senioren-genossenschaften, intergenerationale und gemeinwesenökonomische Projekte – auf sich aufmerksam. Sie demonstrieren Möglichkeiten, wie man ohne ökonomischen Druck, von dem das Alter für viele entlastet ist, soziale Räume eröffnen und darin sozialpolitische Kraft entfalten kann. Das Alter spielt in der Sozialpolitik dort eine herausragende Rolle, wo es um den großen Versorgungsbereich der Rentenpolitik geht. Das Alter in seiner sozialen Struktur und Qualität wird rentenpolitisch allerdings nur thematisiert, wo Veränderungen

für die Leistungsberechtigung und -bemessung relevant sind. So schlägt sich die Tatsache der zeitlichen Ausdehnung des Alters und die Verbesserung der Altersgesundheit in der Reform des Renteneintrittsalters nieder. Über die gesellschaftliche Rolle eines gewandelten Alters wird aber wenig diskutiert. Die Rente ist an die vorgängige Erwerbsarbeit gebunden und so steht auch diese wieder – indirekt – im Mittelpunkt. Das Alter gilt immer noch als sozialpolitische Last, aber nicht als sozialpolitische Kraft.

Schon Eduard Heimann hat einzig den Werktätigen eine aktive Rolle in der sozialpolitischen Bewegung zugebilligt. »Die Arbeiter sind es doch, die die Arbeitswelt tragen; die Sozialpolitik ist ihnen der Weg, die Arbeitswelt aus der Arbeitsidee neu zu gestalten.« (Heimann 1929: 125) Das Alter lag außerhalb der sozialpolitischen Dynamik. Es galt bis weit in das 20. Jahrhundert hinein als nichtproduktiven Restzeit des Lebens. Für die Mehrzahl der älteren Leute gab es – ausgenommen von den familialen Großelternrollen – keine sozialen Rollen mehr. Auch der bürgergesellschaftliche Diskurs misst dem Alter keine aktive Bedeutung zu.

Mit der Entgrenzung der Arbeit und der Individualisierung der Lebensverhältnisse ist nun das Alter vom Stigma der Nichtproduktivität zumindest teilweise befreit. Deshalb bietet es sich doch an, darüber nachzudenken, ob und wie man das neue Alter in das Spannungsfeld des Sozialpolitischen Prinzips einbringen kann. Wir möchten nicht gleich von einer altersbezogenen Erweiterung des Sozialpolitischen Prinzips sprechen, doch aber versuchen, den argumentativen Weg zu einem sozialpolitischen Möglichkeitsraum Alter zu finden. Wir stützen uns hier auf die gegenwärtige und zukünftige demografische Entwicklung in Deutschland und der EU, nach der der Anteil der älteren Bevölkerung in einer so dramatischen Weise zunehmen wird, dass die Sozialstaaten gezwungen sein werden, die gesellschaftliche Rolle des Alters verbindlich zu thematisieren. Wir sehen darin einen neuen Kontext der gegenseitigen Angewiesenheit, der erst einmal in einem vermittelten Bezug zum Sozialpolitischen Prinzip steht, da er ja nicht direkt im Konfliktfeld kapitalistische Ökonomie/soziale Idee verortet werden kann. Sozialpolitisch relevant wird es aber dann, wenn sich aus der gesellschaftlichen Rolle des Alters heraus Impulse für die soziale Idee und sozialpolitische Möglichkeitsräume entwickeln können. Dies kann unseres Erachtens deshalb geschehen, weil das Alter Struktureigenarten aufweist, die der ökonomischen Logik gegenüber konträr sind, und ältere Menschen die altersgegebene Chance haben, sich der kapitalistischen Verwertungsdynamik zu entziehen.

Biografische Erfüllung suchen und finden heute viele Menschen ange-sichts beruflicher Brüche und des breiten Risikos der Arbeitslosigkeit nicht mehr allein in der Arbeit, sondern in konsumtiven Lebensstilen und biografischen Projekten, die man hofft, auch noch im Alter realisieren zu können. Wenn man dazu bedenkt, dass sich in Deutschland eine breite Vorruhestands-

praxis eingependelt hat und zwischen dem 60. und 65. Lebensjahr nicht einmal die Hälfte der Erwerbstäigen mehr arbeitet, kann man sich vorstellen, dass das jüngere und mittlere Alter (von 65 bis 75) zunehmend durch eine eigene Entwicklungs- und Entfaltungsdynamik gekennzeichnet ist. Das traditionelle Konzept der »Lebenszufriedenheit« (vgl. Havighurst 1963) als hingenommenes, schicksalhaftes Gleichgewicht zwischen den biologischen, psychischen und sozialen Altersumständen und der daran geknüpften Befindlichkeit reicht also für eine Bestimmung des modernen Alters längst nicht mehr aus. Natürlich gehört zum Alter weiterhin das Privileg, verlangen zu können, vom arbeitsgesellschaftlichen Stress verschont zu bleiben und sich auch sozial zurückziehen zu können. Gleichzeitig macht sich aber auch eine Tendenz zur mentalen Verjüngung bei älteren Menschen breit (vgl. Thieme 2008). Wir brauchen also ein Konzept von Lebenszufriedenheit, das die Balance von *selbst gewähltem* Rückzug und *selbstbestimmter* Aktivität im Blick hat.

Mit dieser Argumentationsführung befinden wir uns immer noch auf der Subjektseite der Sicht auf das Alter. In der gesellschaftlich-öffentlichen Diskussion aber ist das Bild von der sozialen Rollenlosigkeit des Alters noch immer definitionsleitend, auch wenn die Altersgrenzen sozialer Rollen flexibler, die Spielräume der Lebenslage Alter offener und die Altersnormen nicht mehr so verbindlich wie früher sind (vgl. dazu Faltermaier 2014). Mit dem demografischen Wandel ist die Gesellschaft zudem gezwungen, den Diskurs über gesellschaftliche Altersrollen außerhalb der Familie – vor allem im Spektrum einer erweiterten Arbeits- und Tätigkeitsgesellschaft – zu führen.

In der modernen Gesellschaft hat es bisher an Altersbildern gefehlt, mit denen sich die alternden Menschen aktiv auseinandersetzen konnten (vgl. Schröter 2008). So war und ist es auch nicht verwunderlich, wenn alte Menschen – über ihr habituelles Rückzugsverhalten hinaus – in besonderer Weise auf sich bezogen leben und sozial oft schwer erreichbar sind. Was in der Altersliteratur als Rollenlosigkeit des Alters beklagt wird, verweist somit auf eine historische Sozialisationsweise, in der das Alter im Gegensatz zur Jugend so gut wie entwicklungslos, gleichsam stillgestellt erscheint. Inzwischen ist aber eine Kluft zwischen der kulturellen und politischen Definition und Akzeptanz des Alters und der realen Entwicklung der Lebensverhältnisse alternder Menschen in der Zweiten Moderne sichtbar geworden (vgl. Backes 2007).

Das Lebenslagenkonzept erweist sich für die sozialisationstheoretische Analyse von Altersprozessen als besonders fruchtbar (vgl. auch Backes/Clemens 2000). In seiner dynamischen Perspektive kann man zeigen, dass die gesellschaftliche Entwicklung – Entgrenzung der Arbeit, Zwang zum lebenslangen Lernen, Relativierung der Generationenverhältnisse – im Alter Bewältigungsspielräume freisetzt, in denen älter werdende Menschen wesentlich erweiterte Lebensformen entfalten können, als dies in den sozial vielfach isolierten Alterskontexten der Ersten Moderne möglich war. Voraussetzung für diese Ent-

wicklung ist, dass der gesellschaftliche Wandel des Alters eine entsprechende sozialpolitische Akzeptanz erhält. Dazu müsste Alter zu einer »gesellschaftlichen Basiskategorie« werden,

»in ähnlich fundamentaler Bedeutung [...] wie Arbeit, oder sozialer Raum oder Kommunikation oder Macht etc. Es geht hier wohlverstanden nicht nur um die empirische Variationen erzeugende Variable Lebensalter, sondern um die Fundierung der Theorie durch die Kategorie Alter überhaupt. Alter muss daher [...] als soziale Dimension der Gesellschaftsstruktur und zugleich als normative und symbolische Dimension verstanden werden.« (Amann 2000: 435)

Damit könnte nicht mehr von einer alternden Gesellschaft gesprochen werden, sondern von einer Gesellschaft der Zweiten Moderne, in der das Alter in seinem demografischen Bezug als eigene Vergesellschaftungskategorie anerkannt ist und entsprechend – jenseits der Erwerbsarbeit – zum Faktor der Gestaltung von Gesellschaft wird.

Mit der gesellschaftspolitischen Anerkennung des Alters als gesellschaftsstrukturierender Kategorie wäre die Voraussetzung für einen positiven Gesellschaftsdiskurs Alter(n) geschaffen. Denn dann wäre der *Vermittlungsbezug* hin zur Gesellschaft, der im Altersdiskurs der Ersten Moderne mit der Definition des Alters als »Restzeit« weitgehend fehlte, gegeben. Mit dieser gesellschaftspolitischen Öffnung würde sich auch der Bewältigungshorizont älterer Menschen wesentlich erweitern. Die biografische Perspektive würde für viele nicht mehr nur durch die Fixierung auf die eigene lebenszeitliche Endlichkeit und die körperliche Gebrechlichkeit bestimmt sein, sondern könnte durch eine gesellschaftliche Handlungs- und Sinnperspektive entlastet und biografisch neu besetzt werden. Angesichts der Entkörperlichung der Arbeitsprozesse und der stetigen Verbesserung der Gesundheitsversorgung werden sich aber die Krankheitsbilder des Alters mehr und mehr auf den psycho-physischen Bereich der Demenzkrankheiten verschieben. Schon von daher braucht es gesellschaftliche Anerkennungs- und soziale Entfaltungsräume – auch für hochaltrige Menschen – um diesem Gefährdungstrend entgegenwirken zu können (vgl. Schröter 2008).

Das könnte auch bedeuten, dass die Kategorie der *Sorge* zur Vergesellschaftungskategorie werden und die altersspezifische Hilflosigkeit gesellschaftspolitisch und kulturell als humane Grundtatsache anerkannt werden kann. Und: Indem das starre Lebenslaufmuster von Erwerbsarbeit/Entberuflichung – als Modell einer Normalbiografie – in den Hintergrund getreten ist, steht das Alter nicht mehr so wie früher unter dem Diktat der Entberuflichung und es verbreitert sich der Kreis derer, die jenseits der Erwerbsarbeitsgesellschaft ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital und damit eigene Lebensformen entwickeln können.

Im Alter wandelt sich das Zeiterleben: Im Gegensatz zum linearen Zeitverständnis, das an das stetige und beschleunigte Wachstum und die fortschreitende Differenzierung von Produktion und Konsum gebunden ist, steht nun die zyklische Zeiterfahrung, die an der inneren Natur des Menschen, seiner Naturgebundenheit orientiert ist. Der menschliche Körper, seine psychophysischen Energien, die ihn umgebende Natur im Wechsel von Tag und Nacht und die Jahreszeiten sind zyklisch strukturiert. Der Mensch braucht die zyklische Zeiterfahrung als Zugang zur Regeneration und zur Rückbesinnung auf sich selbst. Diese zyklische Zeiterfahrung hat in der vorindustriellen Epoche den Lebensrhythmus und das Verhältnis der Lebensalter zueinander beherrscht. Die lineare Moderne hat das Zyklische entwertet, in ihrem technologischen Drang zur Naturbeherrschung überformt. Der Mensch aber ist weiter angewiesen auf diesen zyklischen Naturbezug, nicht nur um sich im Hinblick auf den Arbeitsprozess wieder fit zu machen, sondern auch, um zu sich selbst zu finden. So entsteht das verbreitete Paradox, dass wir auf zyklische Lebensgehalte von unserer menschlichen Natur her angewiesen sind, dass sich aber angesichts der kapitalistischen Ökonomie in ihrer Fixierung auf das lineare Wachstum und seine Beschleunigung eine Mentalität herausbildet, die dieses Angewiesensein auf die Natur entwertet und entöffentlicht.

Angesichts der zukünftigen demografischen Entwicklung wird dem Sozialstaat nichts anderes übrigbleiben, als eine der ökonomischen Logik gegenläufige Kultur des Alters anzuerkennen und zu fördern. Diese kann die regionalen sozialpolitischen Möglichkeitsräume beleben und erweitern. Das bedeutet aber auch, dass hier eine Konfliktzone gesellschaftlich anerkannt werden muss, in der das Sozialpolitische Prinzip und die Hypothese der gegenseitigen Angewiesenheit in ein neues Licht gerückt sind. Eine alternde Gesellschaft ist um ihrer sozialintegrativen Balance willen auf die Emanzipation und widerständige Kraft des Alters angewiesen.

COMMONS – DIE ÖKO-SOZIALE SEITE DER SOZIALEN IDEE

Wir haben an früherer Stelle argumentiert, dass die Entgrenzung der nationalen Sozialpolitik dazu geführt hat, dass die Menschen sich wieder mit existenziellen Lebensthemen konfrontiert sehen, die nicht länger in der sozialstaatlichen Zone der Befriedung sozialer Probleme gehalten werden können. In dieser Erfahrung des Betroffenseins wird das Gemeinsame, das Aufeinander-Angewiesensein erkannt. Das »Gemeine Eigene« wird damit zur Schlüsselkategorie für die Formierung sozialer Interessen und die Gestaltung einer Kultur der gegenseitigen Angewiesenheit als Basis der Suche nach einer Balance zwischen dem Ökonomischen und dem Sozialen. Während sich im Heimannschen Modell die soziale Idee vor allem auf die Arbeit bezog, ist sie in der Di-

mension der Commons, des Gemeinen Eigenen also, so allseitig – ökologisch, sozial und kulturell – erweitert, dass sie in ihren Initiativ- und Organisationsformen regionale sozialpolitische Räume strukturieren kann.

»Commons sind das gemeinsame und kulturelle Erbe einer Gemeinschaft. Zu ihm zählen nicht nur die Lebensgrundlagen Wasser, Boden, Luft [...] Landschaften, Artenvielfalt, sondern auch soziale Organisationsformen wie öffentliche Räume [...] Zu den kulturellen Gemeingütern zählen Bildungs-, Wissens- und Kommunikationsformen, Sprache, Riten, Traditionen etc. Gemeingüter (das ›gemeine Eigene‹) sind die materielle und immaterielle Basis des Gemeinwesens. Sie bilden die Grundlage produktiver, reproduktiver und kreativer Prozesse. Die materiellen Rahmenbedingungen der Natur wie auch deren Regenerationszyklen bestimmen wesentlich die Gemeingüter.« (Elsen 2015: 179)

Auf den ersten Blick wiederholt sich hier die Konfliktkonstellation des Heimannschen Modells: Eine kapitalistische Ökonomie, die ihr Verwertungs- und Profitinteresse auf die unmittelbaren und existenziellen Lebensgrundlagen der Menschen richtet, auf der einen, und die Menschen, die sich dagegen wehren, auf der anderen Seite. Hier ein lineares, wachstumsfixiertes, dort ein zirkuläres Zeitverständnis. Nur: Die Relation der Angewiesenheit ist eine andere und damit ist auch die sozialpolitische Hypothese verschoben. Die kapitalistische Ökonomie ist erst einmal nicht – um in der Heimannschen Sprache zu bleiben – auf die gemeinwesenökonomischen Aktivitäten angewiesen. Dann aber wieder mittelbar doch, so paradox das klingen mag, denn sie kann auch von dieser sozialen Kreativität in den Regionen, in denen sie investieren, deren soziale Ressourcen sie nutzen will, profitieren. Bis dahin, dass sie hofft, diese als Ressourcen selbst vereinnahmen, kapitalisieren zu können. Das bedeutet, dass sie Zonen tolerieren muss, sozialpolitische Möglichkeitsräume, in denen auch andere Prinzipien des Wirtschaftens gelten können als die des Markt- und Profitkapitalismus. Das Sozialpolitische Prinzip wirkt hier öffnend, kollektive Spielräume freisetzend für Projekte, die den Nischencharakter früherer antikapitalistischer Initiativen überwinden und in die Region ausstrahlen können.

Dass in diesem Zusammenhang die Genossenschaftsidee wieder Fuß gefasst hat, erinnert durchaus auch an Heimanns Vorstellung von den Genossenschaften als Trägern nichtstaatlicher Sozialpolitik. Neu ist nun, das sich die soziale Idee der lokalen und regionalen gemeinwesenökonomischen Initiativen nicht im antikapitalistischen Widerstand erschöpft, sondern selbst Prinzipien des solidarischen Wirtschaftens entwickelt, die nicht nur im Kontrast zur herrschenden Ökonomie gestaltet werden, sondern auch für sich beanspruchen, für die Reform der kapitalistischen Ökonomie insgesamt Modell zu stehen; als sozial gebundene Stakeholder-Ökonomie, in der, im Gegensatz zum sozial entbetteten neoliberalen Shareholder-Modell, alle am Wirtschaftsprozess von der

Produktion bis zur Distribution Beteiligten genossenschaftliche Rechte und Pflichten übernehmen. Es entstehen gemeinwesenpolitisch formierte Gruppen, um für die kollektive Bewahrung des »Gemeinen Eigenen« zu kämpfen und lokale Beteiligungs- und Sicherungsmodelle als Schutz vor industriellen Übernahmen zu entwickeln. Im Kontrast zu den klassischen Genossenschaften, die sich aus dem Solidaritätsgehalt der Milieus herausgebildet haben, sind es heute Zusammenschlüsse von Bürgerinnen und Bürgern, die nicht nur das gemeinsame Interesse um die Erhaltung der basalen Lebensgrundlagen zusammenführt, sondern die auch den biografischen Eigenwert genossenschaftlicher Selbsttätigkeit für sich entdecken: Dies läuft darauf hinaus,

»dass in Genossenschaften Konsumenten eigene Lieferanten, Mieter eigene Vermieter, Kreditnehmer eigene Kreditgeber, Arbeitnehmer eigene Arbeitgeber sind. Das Identitätsprinzip ermöglicht die Ausschaltung von Marktinteressen, unmittelbare Kontrolle, selbstaktives Kundenverhalten und ein höchstes Maß an Berücksichtigung der Mitgliederinteressen. Es bietet darüber hinaus einen hervorragenden Ausgangspunkt für politische Bemühungen zur Einleitung von Selbstorganisationsprozessen in sozialpolitischen Feldern, sowohl hinsichtlich der Treffsicherheit staatlicher Mittel (keine Mitnahmeeffekte) als auch hinsichtlich der Mobilisierung von Selbsthilfebereitschaft, wodurch die staatlichen Mittel verstärkt werden.« (Elsen 2007: 44)

Solche lokalen genossenschaftlichen Kreislaufmodelle können die Spannung von bürgerschaftlicher und sozialpolitischer Perspektive lokal aktivieren und werden damit zu selbstständigen Korrelaten eines Sozialstaates, der nicht nur Anschubmittel verteilt, sondern – in soziale Anspruchsdiskurse verwickelt – wieder an seine sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten erinnert wird. Vor allem auch benachteiligte soziale Gruppen können hier ihre Zugänge und Beteiligungschancen erhalten.

Bei all diesen gemeinwesenökonomischen Konzepten fällt auf, dass sie explizit auf die Zivilgesellschaft rückbezogen werden, die Rolle des (Sozial-)Staates in diesem Zusammenhang aber oft vernachlässigen oder übergehen. Dabei sind viele dieser Projekte in der Wirklichkeit Beispiele für eine synergetische Verbindung von Gemeinwesenökonomie, Zivilgesellschaft und Staat. Wir haben im ersten Teil dieses Buches, im Kapitel zum staatlich geregelten Kapitalismus, die zentrale Rolle des Staates im Spannungsfeld der ökonomischen und sozialen Entwicklung beschrieben. Der regulierende Staat muss eine Sowohl-als-auch-Politik betreiben. Er muss sowohl die Ökonomie investiv vorantreiben als auch die soziale Integration und Partizipation der Bevölkerung fördern. So kommt er immer wieder in die strukturelle Verlegenheit, dass er einerseits die kapitalistische Ökonomie fördern, andererseits aber auch soziale Integrations- und Teilhabeprojekte unterstützen muss, auch wenn sie antikapitalistischen Zuschnitts (wie manche gemeinwesenökonomischen Initiativen) sind.

In dieser Konflikt- und Risikozone – wenn er den Konflikt annimmt – liegt die Gestaltungskraft des Staates, von der auch die Gemeinwesenökonomie profitiert. Letztlich ist es die sozialstaatliche Hintergrundsicherheit, auf die sich Bürgerinnen und Bürger verlassen können, wenn sie sich in gesellschaftlichen Konflikt- und Risikozonen engagieren. Mariana Mazzucato hat in ihrem Buch »Das Kapital des Staates« (2014) an vielen Beispielen aus der Technologieentwicklung gezeigt, wie der Staat als eigenständiger Investor auftritt, wenn es darum geht, technologische Entwicklungen in Gang zu setzen, deren Ertrag nicht abseh- und kalkulierbar ist, weshalb Markt und Unternehmen nicht in diese Risikoinvestitionen einsteigen. Ohne diese staatlichen Risikoinvestitionen wären – so Mazzucato – viele der neueren technologischen Entwicklungen (vom Internet bis zur Nanotechnologie) gar nicht denkbar.

Wenn wir diese Argumentation in ihrem logischen Gehalt auf den sozialen Bereich und die gemeinwesenökonomische Szene übertragen, dann bedeutet das, dass sich der Staat investiv in der Absicherung von Risikoprojekten engagiert, deren Risiko vor allem darin besteht, dass sie auch antikapitalistisch ausgerichtete gesellschaftliche Konflikte provozieren können. Das ist eine andere sozialinvestive Sozialpolitik als jene, die wir oben (vgl. S. 125f.) beschrieben haben. Denn sie ist nicht am Markt, sondern am Fortgang des demokratischen Prozesses und am Rebetting des Wirtschaftens orientiert. Gemeinwesenökonomische Projekte können somit als exemplarische Beispiele für die Aneignung und Strukturierung sozialpolitischer Möglichkeitsräume im Spannungsfeld von aktiver Zivilgesellschaft, ermöglichtem Sozialstaat und konfliktstarken sozialen Bewegungen gelten.

ZUR SOZIALPOLITISCHEN ZUKUNFT DER GESCHLECHTERFRAGE

Wir haben den Reproduktionsbereich und damit die Geschlechterfrage als zentral für die Erweiterung des Sozialpolitischen Prinzips erachtet. Inzwischen haben die erreichten Resultate der weiblichen Emanzipationsbewegungen und die Gleichstellungspolitik des Sozialstaates scheinbar zu einer »Entdramatisierung« der Geschlechterfrage geführt, so zumindest der öffentliche und mediale Tenor. Damit scheint auch die sozialpolitische Kraft des Sorgeprinzips, die schon die kapitalistische Ökonomie unterlaufen hat (s.o.), weiter geschwächt. Ob die Geschlechterfrage in Zukunft zumindest in Deutschland ihre sozialpolitische Bedeutung einbüßen oder behalten wird, wollen wir deshalb im Folgenden zu klären versuchen.

Karl Lenz und Marina Adler haben in ihrem Grundlagenwerk »Geschlechterverhältnisse/Geschlechterbeziehungen« (2010/2011) vier Szenarien zur »Geschlechterordnung der Zukunft« für unseren Kulturkreis aufgemacht (2011: 229f.). Zuerst fragen sie, was denn zu erwarten sei, wenn es mit der

Entwicklung der Gleichstellung der Geschlechter so weiterginge wie bisher. In diesem Falle, so bilanzieren sie entsprechende Prognosen, wird es noch einige Generationen dauern, bis die Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen erreicht sein würde. Dabei müsste es gar nicht zu »nennenswerten konservativen Gegenströmungen« kommen. Sie gehen vielmehr davon aus, dass die gegenwärtigen ökonomischen Parameter des Wachstums und der Arbeitsplatzsicherung weiter gelten und Gleichstellungsentwicklungen immer wieder bremsen werden. Geschlechterpolitik wird sich danach also auch in Zukunft im Rahmen einer »investiven Sozialpolitik« entwickeln, in der das Soziale ökonomisch interpretiert, Familien- und Geschlechterverhältnisse unter der Perspektive der Humankapitalbildung thematisiert und die Arbeitsteilung der Geschlechter im Dreieck von Ökonomie, Staat und Familie variabel gehalten wird. In diesem Falle kann man weiterhin zwar von einer Modernisierung der Geschlechterverhältnisse, nicht aber von der Auflösung des Geschlechterkonflikts sprechen.

In einem zweiten Szenario gehen sie von derzeitigen Entwicklungen im Geschlechterdiskurs der westlichen Industriegesellschaften aus, die durchaus auf einen zukünftigen »backlash«, ein »Zurück zur Geschlechterpolarisierung« hindeuten würden. Vor allem unter den gebildeten erwerbstätigen Frauen und den neuen Mädchengenerationen nehme die Einstellung zu, dass die Vereinbarkeitsproblematik in den inzwischen verbreiteten Zwei-Verdiener-Familien immer komplizierter geworden, die Doppelbelastung der Frau gestiegen und die Integration des Mannes in die Familienarbeit angesichts zunehmender Intensivierung der Erwerbsarbeit nicht zu erhoffen sei. Dies steigere die Attraktivität familientraditionaler Argumente wie die der naturgegebenen Mütterlichkeit, des nötigen Anstiegs der Geburtenzahlen und der besonderen Erziehungsqualität der Familie. »Die Anzahl der Frauen, die mit ihren Kindern zuhause bleiben, ist in den letzten Jahren angestiegen; am stärksten ist dieser Anstieg unter gebildeten Frauen mit hohem Einkommenspotential.« (Lenz/Adler 2011: 232) Wieder erstarkende Tendenzen zur Geschlechterpolarisierung machen die Autoren auch im offensichtlichen Sexismus mancher männlicher Jugendkulturen aus. Aber auch in Erziehungsratgebern scheine als »Gebrauchsanweisung« durch, »die Unterschiede zwischen Männern und Frauen als zentrales Faktum in allen persönlichen Beziehungen wieder zu akzeptieren.« (Ebd.: 234)

Ein drittes Szenario stellt den Sozialstaat und seine zukünftigen geschlechterpolitischen Möglichkeiten hin zu einer Geschlechtergerechtigkeit in den Mittelpunkt. Dabei wird erkannt, dass unter den gegenwärtigen und mittelfristig zukünftigen ökonomisch-gesellschaftlichen Bedingungen eine wie bisher nur frauenorientierte Gleichstellungspolitik zu kurz greifen wird, um Geschlechtergerechtigkeit für beide Geschlechter in allen Lebensbereichen zu erreichen.

»Das bisherige Emanzipationsmodell, das von der Benachteiligung und Diskriminierung einer Gruppe, wie z. B. Frauen oder Minderheiten ausgeht, kann nicht unmodifiziert auf historisch privilegierte Gruppen wie die Männer angewandt werden. Die Unterdrückung der Männer durch Männlichkeitsnormen ist qualitativ anders als die Unterdrückung der Frauen durch männlich konnotierte Herrschaftsstrukturen und den damit verbundenen Machtverhältnissen.« (Ebd.: 235)

Außerdem sei zu thematisieren, dass auch Frauen, wenn sie Gleichstellung wie im gegenwärtigen System erreichen können, selbst wieder unter »Masculinitätsdruck« geraten können, männliche Leistungs- und Erfolgsnormen übernehmen müssen (ebd.: 235). Nachdem für dieses Szenario mögliche Erweiterungen des sozialstaatlichen Instrumentariums der Familien-, Steuer-, Arbeitsmarkt- und Quotenpolitik durchdiskutiert worden sind, kommen Lenz und Adler zu dem ernüchternden Schluss, dass ein gesellschaftspolitischer »Paradigmenwechsel« erfolgen muss. »Eine solche Politik kann weder durch eine exklusive Frauenpolitik noch durch eine Männerpolitik erreicht werden.« (Ebd.: 237)

Wenn man diese Argumentation in unserem Sinne aufschließt, wird als Erkenntnis deutlich, dass es das (männlich konnotierte) ökonomische Antriebssystem der Externalisierung ist, dass im Kapitalismus der Zweiten Moderne intensiviert wurde, Männer (und zunehmend Frauen) erfasst und in beidseitige neuartige Bewältigungsprobleme der Vereinbarkeit treibt. Insofern verwundert der Optimismus, der in den Diskursen zum Degendering in die Perspektive einer zukünftig »geschlechtsneutralen« Gesellschaft zutage tritt. Diese Perspektive steht im Mittelpunkt des vierten Szenarios: Auch das neokapitalistische System gibt in seiner Programmatik vor, jenseits sozialer und ethnischer Bindungen und jenseits von Geschlechterunterschieden zu agieren, während es in der sozialen Wirklichkeit diese aber ins Private verschiebt. Das Konzept des Degendering denkt systemisch und geht davon aus, dass soziale Systeme in der weiteren Entwicklung der Zweigeschlechtlichkeit als Ordnungsstruktur nicht mehr bedürften. Allerdings wird eingeräumt, »dass immer dann, wenn soziale Systeme ihre Mitglieder als Personen [...] auffassen, ein nach Geschlechtern differenzierendes Verständnis das System >indizieren< kann.« (Weinbach/Stichweh 2001: 49) Lenz/Adler kommen in der Bilanzierung dieses Ansatzes entsprechend zum Schluss, dass dieser »auf der Ebene der Geschlechterverhältnisse mit einer fortschreitenden Dethematisierung von Geschlecht« rechnet, »nicht jedoch auf der Ebene der Geschlechterbeziehungen« (Lenz/Adler 2011: 239f.). Dass aber die Struktur der Zweigeschlechtlichkeit als demografischer und sozialer Reproduktionsform in die Familien verschoben wird und damit strukturrelevant wie bewältigungsintensiv weiter und immer neu sich ausbildet, werde in diesem historisch-methodologisch fragwürdigen Konzept unterschlagen. Es handelt sich also nicht um

eine Aufhebung der Struktur der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, sondern um eine verdeckte Strukturverschiebung. In dieser Form arbeitet das Konzept dem digitalen Kapitalismus mehr in die Hände, als es Perspektiven der Emanzipation entwickeln kann. Das Strukturproblem der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung bleibt.

Diese Szenarien beziehen sich vornehmlich auf sozial gebundene gesellschaftliche Zusammenhänge. In den sozial entbetteten Sphären des digitalen Kapitalismus herrscht weiter das Prinzip der Externalisierung, das wir oben auch als »männliches Prinzip« gekennzeichnet haben. Im Genderdiskurs wird dementsprechend die Prognose kolportiert, die Männer würden in Zukunft die sozial entbettete globalisierte Sphäre, die Frauen die sozial gebundenen Terrains dominieren. Dahinter steht die These, dass die in der Globalisierung sich verselbstständigenden transnationalen Korporationsstrukturen ein sozial entbettetes Gender-Regime aufgebaut haben, das jenseits von Rasse und Nationalität durch einen männlichen Code zusammengehalten wird. Indem der neue Männerbund der *global player* die Kultur der internationalen Beziehungen in Wirtschaft und Politik okkupiert, nistet sich hegemoniale Männlichkeit in fast allen transnationalen Organisationen ein. Männliche Hegemonie scheint sich zunehmend in die Sphären sozial entbetteter Technologie und Ökonomie zu verlagern, die sich sozialen Bindungen und gesellschaftlicher Verantwortung entziehen, sozialpolitische Angewiesenheit leugnen. Verkörpert wird diese neue hegemoniale Männlichkeit durch entsprechende Leitfiguren in den weltweit operierenden transnationalen Konzernen, Technologie- und Finanzzentren (vgl. dazu Boltanski/Chiapello 2006; Connell 2010). Damit ist aber nicht nur vordergründig gemeint, dass Frauen den Part der Nachhaltigkeit und sozialen Verantwortung spielen, Männer diese aber wieder verspielen, wenngleich damit auch geschlechterpolitische und geschlechterpädagogische Aufforderungen verbunden sind. Vielmehr tritt im Nachhaltigkeitsdiskurs die reproduktive Dimension des Sozialpolitischen neu hervor. Sorge (Care) ist nicht mehr nur auf die Reproduktion der Arbeit bezogen, sondern erhält eine weitere sozialpolitische Rahmung als Gegenkultur im Kosmos globaler Verantwortung für die Sicherung der menschlichen Existenz.

DER EINTRITT DER KLIMAFRAGE IN DEN SOZIALPOLITISCHEN DISKURS – DIE NATURBEZOGENE ERWEITERUNG DER HYPOTHESE VON DER GEGENSEITIGEN ANGEWIESENHEIT

»Ausgebeutete Arbeiterinnen und Arbeiter und ein ausgebeuteter Planet gehen offensichtlich Hand in Hand. Ein destabilisiertes Klima ist, mit anderen Worten, [...] der Preis des liberalisierten Kapitalismus, seine unbeabsichtigte, aber unvermeidliche Konsequenz.« (Klein 2015: 106) So wie der Kapitalismus in der Heimannschen Definition den

Menschen als Ware betrachtet und seinem Profitstreben unterordnet, so muss er dieser Logik folgend auch die Natur als Ware betrachten und ihre profitable Ausbeutung betreiben. Diesen Zusammenhang, der in seiner Konsequenz für die soziale Frage im 21. Jahrhundert noch viel zu wenig diskutiert ist, hat vor allem die US-amerikanische Sozialwissenschaftlerin Naomi Klein herausgearbeitet. Für sie hat der spät erkannte Grundkonflikt zwischen liberalen Marktgesetzen und Naturgesetzen eine genuin sozialpolitische Relevanz, indem die Lebensgrundlagen und -sicherheiten der Menschen auf dem Spiel stehen und sich die soziale Kluft zwischen Arm und Reich weltweit vergrößert. Allerdings ist das Problem der gegenseitigen Angewiesenheit in diesem Dreieck Ökonomie – Mensch – Natur wesentlich komplexer als im ›einfachen‹ Heimannschen Modell, in dem dieser Naturbezug noch nicht vorkommt. Denn die soziale Idee, getragen von den Menschen, ist hinsichtlich des Naturbezugs in sich gespalten, da die antikapitalistische Kraft des Klimadiskurses in dem Maße gebrochen ist, in dem sich die Leugner eines menschengemachten Klimawandels und die Warner vor der Klimakatastrophe die Waage halten.

Zudem behauptet die Kapitalfraktion, die Klimafrage über den Markt lösen zu können. Ähnlich wie damals der Fordsche Konsumkapitalismus, der den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit über die Transformation des Arbeiters zum Konsumenten aushebeln wollte, versuchen heute die Apologeten eines »grünen Kapitalismus«, den Widerspruch zwischen Markt und Ökologie zu entkräften, Ökonomie- und Umweltfrage gleichsam zu entkoppeln. Eine innovative Ökotechnik mit steigenden Energiespareffekten wirke doch so substitutiv, dass das überkommene Wachstumsmodell beibehalten, weil ökologisch modernisiert werden könne.

Die Klimakritiker bezweifeln die weltweite Machbarkeit dieser technologisch-ökonomischen Prognose innerhalb des Zeitraums, in dem die Erderwärmung ihre kritische Grenze erreichen wird. Sie weisen darauf hin, dass sich damit nichts an der kapitalistischen Profitlogik verändere, denn diese bestimme dann weiter die energiepolitischen Strategien. Deshalb fordern sie ein anderes, eben nachhaltiges und sozial ausgeglichenes Wachstum (s.o.), eine Regionalisierung der Nahrungsmittelproduktion und -distribution, eine Kapital- und Vermögensbesteuerung zur Finanzierung eines allgemeinen Grundeinkommens und die Wiederbelebung und Stärkung des öffentlichen Sektors als Sphäre des »Gemeinen Eigenen« (s.o.). Damit ist ein sozialpolitisches Bündel geschnürt, das über die Klimafrage ein neues Gewicht erhält. Im Mittelpunkt dieser sozialökologischen Vision steht der nun vom marktkapitalistischen Wachstumsstress entlastete Mensch, der dann Lebens- und Arbeitsbedingungen vorfindet, unter denen er einen neuen, achtsamen Bezug zur Natur aufbauen kann.

Wenn wir von dieser Vision wieder zur politischen Wirklichkeit zurückkehren, so stoßen wir neben der Spaltung der sozialen Idee auf eine weitere

Barriere, die der Wende in der Klimapolitik entgegensteht. Es ist wieder die ökonomische Globalisierung, die die weltweite Durchsetzung des Sozialpolitischen Prinzips unterläuft. In der Argumentation Naomi Kleins spiegelt sich dementsprechend auch unsere Argumentation wider, mit der wir darauf hingewiesen haben, dass die gegenseitige Angewiesenheit von Kapital und sozialer Idee im Heimannschen Modell zwar nationalgesellschaftlich funktioniert, global aber in dem Maße gleichsam aufgelöst wird, in dem das Kapital sich seine Arbeitskraft nach seiner Profitlogik international je neu und je andernorts suchen kann:

»Dass zwischen Umweltverschmutzung und Ausbeutung der Arbeitskraft eine Verbindung besteht, war schon seit den Anfängen der industriellen Revolution klar. Aber wenn sich die Arbeiter in der Vergangenheit organisierten und höhere Löhne forderten, und wenn sich die Stadtbewohner zusammengestanden und bessere Luft verlangten, waren die Unternehmen weitestgehend gezwungen, die Arbeits- und Umweltbedingungen zu verbessern. Das änderte sich mit dem Aufkommen des Freihandels: Weil buchstäblich alle Barrieren für den Kapitalfluss beseitigt wurden, konnten die Konzerne ihre Koffer packen und weiterziehen, sobald die Arbeitskosten zu steigen begannen. Aus diesem Grund verließen sie Ende der 1990er Jahre Südkorea und gingen nach China, und deshalb verabschieden sich jetzt viele aus China, wo die Löhne steigen und lassen sich in Bangladesh nieder, wo die Bezahlung erheblich schlechter ist.« (Klein 2015: 106)

Solange die Anerkennung der globalen gegenseitigen Abhängigkeit von Ökonomie, Mensch und Natur von den Nationalstaaten aus nicht international durchgesetzt werden kann, sind die global agierenden sozialen und ökologischen Bewegungen als öffentliche Foren für die internationale Thematisierung dieser Angewiesenheit so wichtig. Dennoch bleiben die nationalen Sozialstaaten im Spiel. Wir erinnern an die Mittlerfunktion des Sozialstaats zwischen Globalem und Regionalem, wie sie Richard Münch (1998) eingeführt hat. Auf die Klimathematik bezogen bedeutet das, dass der Sozialstaat die Vermittlung zwischen eigengesellschaftlicher und internationaler klimapolitischer Verantwortung zum Politikziel macht. Das heißt aber nicht nur, dass er energiepolitisch agiert, sondern auch die damit zusammenhängenden sozialpolitischen Bedingungen anerkennt und ihre Realisierung zumindest in seinem Hoheitsbereich fördert. Energiewende und sozialpolitische Wende sind nach diesem Verständnis miteinander verknüpft. Nach innen wird dem Sozialstaat gemäß Münchs Ansatz abverlangt, dass er die entsprechenden regionalen sozialpolitischen Impulse aufnimmt und fördert. Voraussetzung ist auch hier, dass die Regionen als *sozialpolitische Räume* wahrgenommen und die dort in diesem Zusammenhang auftretenden sozialen Konflikte sozialstaatlich anerkannt werden.

ENTFREMDUNG UND GESTALTUNG – DER INNERE GEHALT DER SOZIALEN IDEE

Die soziale Idee ist seit der Arbeiterbewegung in ihrer argumentativen Grundstruktur durch die Spannung zwischen *Entfremdung* und *Gestaltung* in der Dimension der Arbeit strukturiert. Die Aneignung von Gesellschaft und damit die Teilhabe an ihr werden demnach – in der Marxschen Grundlegung – über die Arbeit hergestellt. In dem Maße, in dem die Arbeitenden nicht in den Genuss des Wertes der Arbeit kamen, ihre Arbeitsvollzüge zudem nicht mehr für sie im Bezug zum Ganzen des Produktionsprozesses durchschaubar waren (wodurch das, was sie produzierten, von ihnen nicht bestimmt oder geändert werden konnte), wurde von der Tendenz der Entfremdung gesprochen; einer Tendenz, die der Industriekapitalismus in der Konsequenz seiner Eigentumsverfassung und dem Ausschluss der Arbeiter vom Besitz der Produktionsmittel strukturell in sich trage. Entfremdung war und ist in diesem Sinne keine individuale, sondern eine soziale, kollektiv ausgerichtete Kategorie. Nicht der Einzelne ist entfremdet, er muss ja alltäglich handlungsfähig bleiben. Entfremdung ist nur in sozialen Bezügen aufschließbar und erst so auch vom Einzelnen thematisierbar (vgl. Jaeggi 2005).

Im Marxschen Entfremdungsbegriff steht der männliche Arbeiter im Mittelpunkt. In der früheren Arbeiterbildung wurde in der Regel davon ausgegangen, dass die Frau aufgrund ihrer von der Erwerbstätigkeit des Mannes abgeleiteten Familienstellung automatisch auch in diesen Entfremdungskontext falle. Dieser umspannte als kollektiver Kontext ja nicht den Einzelstatus des Mannes, sondern seinen Sozialstatus und damit auch den Familienstatus. Erst die Frauenbewegung mit ihrer Kritik am inhumanen Charakter industriekapitalistisch verfasster Arbeit und ihren Forderungen nach gesellschaftlicher Anerkennung der Hausarbeit und der Transformation der Fürsorgeperspektive (Care) in den Zusammenhang gesellschaftlicher Arbeit hat den »alten« Entfremdungsbegriff komplexer gemacht. Die Frage nach dem *Sinn der Arbeit für den Menschen* kam so in die Entfremdungsdiskussion. Die ökologischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts schließlich sahen die Abwendung des Menschen von der Natur durch schrankenlose Ausbeutung und die Missachtung des Nachhaltigkeitsgebots als Form der Entfremdung des Menschen an. All diese drei »klassischen« unmittelbaren oder mittelbaren Zugänge zum Entfremdungsbegriff haben eine direkte oder zumindest indirekte antikapitalistische Stoßrichtung.

Historisch später als der Entfremdungsbegriff wurde von Emile Durkheim (1897) der Begriff der Anomie geprägt. Er bezieht sich auf die strukturellen Probleme der sozialen Integration und Desintegration im Gefolge der industriellen Arbeitsteilung. Mit Anomie ist ein subjektiv als regellos empfundener gesellschaftlicher Zustand gemeint, der eintreten kann, wenn die gesellschaft-

lich als erreichbar propagierten Ziele und die verfügbaren (legitimen) Mittel der Individuen, diese zu erreichen, auseinanderklaffen. Solche anomischen Konstellationen führen aber – besonders heute – nicht so ohne Weiteres zu Entfremdung. Die Konsumgesellschaft bietet genug warenästhetische Bezüge, in denen soziale Diskrepanzerfahrungen kompensiert und individuelle Teilhabe an der gesellschaftlichen Erfolgskultur in der Konsumentenrolle möglich ist.

Erich Fromm war wohl einer der Ersten, der die gesellschaftspolitische Tragweite des Konsumismus erkannte, indem er beklagte, dass der Konsum eine Suggestion der Freiheit erzeuge, über die der Mensch vergesse, was Freiheit wirklich ist:

»Die Entfremdung, wie wir sie in der modernen Gesellschaft finden, ist beinahe total. Sie durchdringt die Beziehung des Menschen zu seiner Arbeit, zu den Dingen, die er verbraucht, zu seinen Mitmenschen und sich selbst [...] Verbrauch wird zum Selbstzweck, wovon insbesondere die moderne Freizeitindustrie und Eventkultur profitiert. Er verschlingt Sportereignisse, Filme, Zeitungen, Bücher, Vorträge, Landschaften, alles in der gleichen entfremdeten und abstrahierten Art, wie er die Waren konsumiert, die er eingekauft hat [...]. Der passive und entfremdete Mensch unterwirft sich den Angeboten der Vergnügungsindustrie und ist nicht mehr in der Lage, sich produktiv und kreativ zu verhalten. Die Folge dieser ausschließlichen Fixierung auf seine ökonomische Rolle und gesellschaftliche Funktion ist Beziehungslosigkeit und Gleichgültigkeit.« (Fromm 1960: 113ff.)

Entfremdung wird also nun als im subjektiven Empfinden des Menschen nicht mehr aktivierbarer gesellschaftlicher Zustand beschrieben, der sich im Menschen abbildet, den er aber so nicht »erkennt«. In ähnlichem Sinne entwarf Herbert Marcuse (1981) das Bild vom eindimensionalen Menschen, der seine Bedürfnisse und gesellschaftlichen Interessen nicht mehr aus der Spannung von Entfremdung und Gestaltung heraus aktiviert, sondern sich den Interessen von Produktion und Konsumtion anpasst und deren Prinzipien als eigene Bedürfnisse übernimmt.

Oskar Negt (1968/1978) hat versucht, durch die Einführung des exemplarischen Prinzips in das politische Lernen aus dieser Konsumismusfalle herauszukommen und einen Möglichkeitsraum konfliktorientierten Lernens zu eröffnen. Dies sei erreichbar, wenn man politische Bildungsprozesse aus dem Individualismus der bürgerlichen Bildungsideologie herauslöse und in einem sozialen Erfahrungsräum wirken lasse, in dem das Existentielle des eigenen sozialen Erlebens beispielhaft freigelegt und gemeinschaftlich thematisiert werden kann. Daraus können sich kollektive Lernprozesse entwickeln, in denen sich eine gemeinsame und darin gesellschaftliche Erfahrung der Spannung von Entfremdung und Gestaltung an bislang verdeckten, aber nun sozial greifbaren Bezügen aufbauen kann. Man könnte darin durchaus ein Beispiel

für einen modernen Konstruktionsprozess der sozialen Idee sehen. Negts viel diskutierter, weit über die Arbeiterbildung hinaus wirksamer Versuch, politische Bildung aus einem Spannungsverhältnis von alltäglichem Erleben und darauf beziehbarer gesellschaftlicher Thematisierung zu entwickeln, war sicher ein Produkt seiner Zeit. Der Geist der Aufklärung der 1960er Jahre, die in ihm sich formierenden sozialen Bewegungen und die sich durchsetzende kritische Theoriebildung in den universitären Erziehungs- und Sozialwissenschaften haben gleichsam nach einer Anwendung und Zusammenfügung in der pädagogischen Praxis gedrängt. »In der Interpretation von Negt tritt das exemplarische Prinzip aus zwei Schatten hervor: dem eines traditionellen bürgerlichen Bildungsideals und dem eines modernen, instrumentellen Verständnisses von Lernen.« (Nielsen 1999: 474) Es soll gelingen »die grundlegenden, oft verdrängten oder verzerrt wahrgenommenen Konflikte des Individuums als strukturelle Widersprüche der Gesellschaft zu erklären und von bloßen Symptomen zu unterscheiden.« (Negt 1968: 31) Es muss dabei aber beachtet werden, dass die sozialen Konfliktstrukturen im Erlebnis und in der tiefenpsychischen Bewältigungsdynamik des Individuums sich oft anders abbilden – verdrängt, rationalisiert, abgespalten werden –, als sie sich in der Gesellschaft objektiv entwickeln. Deshalb ist es so wichtig, dass die eigenen Erfahrungen mit den Erfahrungen, aber auch Ängsten anderer sich verbinden lassen und so soziale Gestalt annehmen können. Das Exemplarische zeigt sich also in der »Eröffnung einer Wechselseitigkeit in der Begegnung, wo wir die (potenzielle) Sozialität und Allgemeinheit unserer Alltagserfahrungen über die verschiedenen pragmatisch bestimmten Alltagssituationen und Interessen hinaus wahrnehmen und bewusster und freier entfalten und uns aneignen können.« (Nielsen 1999: 474f.) Exemplarisches Lernen ist damit soziales Lernen und bedarf deshalb eines eigenen Raums und einer eigenen Zeit der Selbstregulation und wirkt – so Negt – schon von daher antihierarchisch und mithin demokratisch; sowohl was den Lernprozess, die Wissensvermittlung, als auch die Wissensverwendung betrifft. Denn das über die gegenseitige Erfahrung nun sozial weiterentwickelte Wissen soll ja nicht im Sinne einer Leistungsbewertung qualifiziert werden, sondern sich der soziologischen Phantasie öffnen. Ein Hoffnungs- und Möglichkeitshorizont soll sich auftun können, der aus den verdeckten Wünschen des alltäglichen Lebenszusammenhangs erreichbar ist, sodass sich »antizipierte Erlebnisqualität« (ebd.: 479) bilden kann.

Negt hat sein Konzept zu einer Zeit entwickelt, in der die Arbeiterbildung sich mit der sozialpolitischen Rückendeckung gesellschaftspolitischer Programme zur Humanisierung der Arbeitswelt und im Aufwind gewerkschaftlicher Initiativen und betrieblicher Basisgruppen profilieren konnte. Der Kapitalismus schien sozial zähmbar, der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital und damit die Grundspannung zwischen Entfremdung und Gestaltung wieder erfahrbar. Mit der späteren Entwicklung hin zum zunehmenden Ungleichge-

wicht zwischen Arbeit und Kapital im Zuge der Rationalisierungswellen und Globalisierungsdynamiken wurden aber die betrieblichen und außerbetrieblichen Bildungsräume enger oder ganz aufgelöst. Arbeit war und ist damit immer weniger zum erlebbaren sozialen Konflikt- und Gestaltungsraum, sondern immer mehr zum regressiven Bewältigungsraum (»Mithalten müssen«) geworden. In dieser »Erniedrigung der Arbeit«, die darin besteht, dass Arbeit immer verwertungsintensiver und damit ihrer »kulturschaffenden Potenz« beraubt wird (ebd: 479), ist das exemplarische Prinzip in seinen Möglichkeiten zur sozial phantasievollen Öffnung destriuiert. Denn seine Qualität besteht ja gerade darin, dass es Arbeit und Kultur zusammenführt, das Vermögen der Individuen ins Gesellschaftliche hinein entwickeln und formen hilft.

Diese Wendung hin zur Entgesellschaftung und Dekulturalisierung von Arbeit hat wohl Negt letztlich veranlasst, den Adressatenkreis seines Konzeptes zu erweitern und auf »alle Abhängigen« und alle Gesellschaftsbereiche auszudehnen (Negt 1989). In diesem Sinne hat er versucht, sich in den neueren Kompetenzdiskurs einzufädeln und dabei den produktiven Umgang mit der Erfahrung von Abhängigkeit und Enteignung als Grunddimension eines nun kompetenzorientierten exemplarischen Lernens einzuführen. Darin liegt für ihn der spezifisch politische Gehalt seiner Kompetenzperspektive. Aus dieser Grunddimension heraus sollen sich ökologische Kompetenzen in der Nachhaltigkeitsperspektive, identitätsbezogene Fähigkeiten im Sinne des Mitleidenkönnens und der Solidarität, historische Kompetenzen im Hinblick auf das Verständnis der Gegenwart als Schnittpunkt von Vergangenheit und Zukunft entwickeln können. Der Zuschnitt dieses Negtschen Kompetenzspektrums zeigt, dass er eine Gegenwelt zum verwertungszentrierten und digitalisierten Kompetenzdiskurs der Ökonomie schaffen und in ihr neuen Raum für exemplarisches Lernen und soziologische Phantasie ermöglichen will. Wenn man sich die Bildungsaktivitäten neuer sozialer Bewegungen anschaut, dann sieht man Negts Verknüpfung von Exemplaritäts- und Kompetenzperspektive tendenziell verwirklicht, wobei der Erfahrungsraum eher durch Aktion als durch Bildung aufgeschlossen wird und die exemplarischen Lernprozesse sich aus den Aktionserfahrungen heraus entfalten. Im pädagogischen Alltag hingegen gibt es immer weniger solche Zonen freier und politisch zündender Exemplarität, weshalb viele wieder darauf spekulieren, diesen neuen Erfahrungsraum im Umkreis von sozialen Kampagnen und Bürgerinitiativen zu finden und sich dort zu positionieren.

Was vom Negtschen Ansatz bleibt, ist genug, um auch dem heutigen Bildungsdiskurs angesichts der Dynamik der neuen Ökonomie Impulse zu geben: Da ist die Erkenntnis, dass der Formungsprozess der Persönlichkeit zum politisch mündigen Subjekt sich nicht – wie in der deutschen Bildungstradition – aus sich heraus, begrenzt durch den individuellen Bildungshorizont entwickeln kann, sondern in sozialer Kommunikation erst geformt und seinem

politischen Bezug zugeführt werden muss. Ferner ist für uns gerade heute wieder Negts implizite Aufforderung wichtig, dass subjektive Ohnmachtsgefühle und Zukunftsunsicherheiten nicht den Mechanismen der Abspaltung, Rationalisierung bis hin zur Gewalt überlassen werden dürfen, sondern sozial darstellbar sein müssen. Politische Bildung hat in diesem Zusammenhang die Aufgabe, diese Darstellbarkeit zu inszenieren, in der erlebnishaltigen Kommunikation mit anderen spürbar zu machen. Hier können wir auch an die politische Psychologie Arno Gruens (1992) anknüpfen: Innere Hilflosigkeit muss nicht abgespalten werden, muss sich nicht gegen sich selbst oder gegen andere richten, wenn es gelingt, eine soziale Umgebung zu schaffen, in der Hilflosigkeit anerkannt ist und in der Perspektive des Aufeinander-Angewiesenseins positiv übersetzt werden kann.

Der historische Bogen der Entwicklung und Wandlung des Entfremdungsbegriffs von Marx über Ford, Fromm, Marcuse bis hin zu Negt zeigt uns, dass sich die Dialektik von Entfremdung und Gestaltung in den Konstellationen entfalten konnte, in denen der Kapitalismus um seiner Modernisierung willen auf das Humankapital angewiesen war und dessen *allseitige* Erweiterung hinnehmen musste. Mit dem später einsetzenden zunehmenden Ungleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit, das in der gegenwärtigen Epoche der Globalisierung eine problematische Zuspitzung erfahren hat, ist auch die dialektische Spannung aus dem Entfremdungsdiskurs gewichen. Der Entfremdungsbegriff wird individualisiert: Mit der steigenden Entkoppelung von systemischen und lebensweltlichen Bezügen bei Verselbstständigung systemischer Machtkonstellationen wird Entfremdung zur individuellen, nicht mehr kollektiven Erlebnissituation der Machtlosigkeit und Ohnmacht gegenüber politischen Prozessen und Entscheidungen. Gleichzeitig wird der Begriff segmentiert: Entfremdung wird zur politischen Diskrepanzerfahrung, die, dem Muster des Ausgleichs kognitiver Dissonanz folgend, in anderen, eben den konsumtiven Sphären kompensiert wird. In einer erfolgskulturell ideologisierten und von konsumtiven Erreichbarkeiten gezeichneten Gesellschaft werden politische Diskrepanzerfahrungen von vielen nicht mehr als Bedrohung der Handlungsfähigkeit empfunden, sondern als abspaltbares Befindlichkeitsmodul erlebt, das durch die warenästhetisch zugerichteten interaktiven Module der Konsumsphäre ersetzt werden kann.

Insofern haben wir in den letzten 100 Jahren einen Formenwandel im Verhältnis von Mensch, Arbeit und Gesellschaft erlebt, in dem zwar weiterhin Hilflosigkeit, Ohnmacht und soziales Leiden präsent, wenn auch oft verdeckt sind, dieses Leiden aber individualisiert und biografisiert ist und deshalb nicht in einer kollektiv gerichteten Entfremdungsdynamik aktiviert werden kann. Wenn die Menschen hilflos sind, können sie diese Hilflosigkeit nicht sozial transportieren, weil sie von einer gesellschaftlichen Kultur umgeben sind, in der Hilflosigkeit als Störung und Unterhöhlung des gesellschaftlichen Fort-

schriffs angesehen wird. An die Stelle der Kategorie Entfremdung ist die Kategorie des Scheiterns getreten: Wer in dieser ökonomisch-technologisch hegemonialisierten Gesellschaft individuelle Diskrepanzerfahrungen sozial verlängern und damit gesellschaftlich begründen will, der macht in den Augen der anderen nur öffentlich, dass er nicht in der Lage ist, mitzuhalten. Er bestätigt damit unfreiwillig ein ökonomisches Wachstumsprinzip, in dem soziale Ungleichheit wieder zur »Produktivkraft« geworden ist. Diejenigen, die heute individuelle Diskrepanzerfahrungen als Entfremdungerscheinungen ins Soziale hinein transportieren wollen, werden deshalb auch schnell mit dem Etikett des Sozialneids belegt.

Es ist aber nicht nur das Verhältnis von Kapital und Arbeit, das sich im Verlaufe neokapitalistischer Modernisierung und Globalisierung grundlegend gewandelt hat. Auch die Beziehungen der Menschen zur Arbeit sind anders geworden. Arbeit ist im Verlauf der fordristischen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung hin zur Konsumgesellschaft zum Mittel geworden. Der Sinn des Lebens liegt für viele heute nicht in der Arbeit, sondern in der Erreichbarkeit von Lebensstilen als Erfüllungshorizont einer modernen Biografie: Du erfüllst dich nicht in der Arbeit, sondern in dir selbst. Mit der Subjektivierung der Arbeit (s.o.) wird die Entfremdungsdimension ausgehebelt. Wer entlassen wird, soll dies nicht als Akt ohnmächtigen Ausgeliefertseins begreifen, sondern als erfolgsbiografischen Anstoß, »sein« Lebensprojekt neu zu organisieren.

Aber auch dadurch, dass der Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft dazu geführt hat, dass Massen von Menschen aus der Arbeitsgesellschaft ausgesperrt sind, ergibt der traditionelle Entfremdungsbegriff kaum noch Sinn. Menschen, die erwerbsgesellschaftlich gesehen überflüssig sind, können sich weder gesellschaftlich noch subjektiv als entfremdet begreifen, da sie vom Sinnzusammenhang der Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind. Ihr Teilhabehorizont ist meist durch die Sphäre des privaten Konsums und die Biografie des Durchkommens begrenzt. So können sie auch keinen Sinn in öffentlicher Teilhabe sehen: Die niedrigen Wahlbeteiligungen in hoch segregierten Gesellschaften belegen das immer wieder. Die soziale Welt ist in Teilhabende und Versorgte gespalten bzw. segmentiert: Auf der einen Seite produziert die abstrakte Ökonomie ihr eigenes Menschenbild, das einen ganzheitlichen Zuschchnitt hat. Der »*abstract worker*« geht in seiner Arbeit auf, »job enrichment«, anspruchsvoller Konsum und libidinöse Einbindung in die Grenzenlosigkeit technischer Machbarkeit schaffen Erfüllungsbiografien, die scheinbar keiner kritischen Reflexivität mehr bedürfen. Entfremdung ist der *Sorge*, nicht mit halten zu können, gewichen, die man aber nicht mit den anderen, sondern mit den Seinen teilt. So schwingt beim »*abstract worker*«, der sich seines sozialen Halts ja *außerhalb* der Arbeit versichern muss, das Bedürfnis nach Sicherheit und familialer Geborgenheit gleichzeitig mit der Sorge mit, dass dieses ge-

fährdet sein könnte. Deshalb ist er auch höchst empfänglich für die Angebote, die im Kontext der Kapitalisierung der Sorge als private Versicherungs- und Vorsorgepakete an ihn herangetragen werden. Zugleich übt er – wenn auch oft nicht intentional – Druck auf seine soziale Nahwelt aus, ihm einen konfliktfreien und verlässlichen sozialen Halt zu gewähren. Nicht von ungefähr wird in den Industriegesellschaften eine steigende Entsprechung zwischen der sozialen Entbettung der Arbeit und dem Umsichgreifen einer Ideologie der heilen Familie (»*family first*«) beobachtet.

Die ökonomisch Überflüssigen in den äußeren Peripherien der segmentierten Gesellschaft wiederum haben erst recht den Bezug zur Arbeit verloren, aus dem heraus sich Entfremdungserfahrungen entwickeln könnten. Für viele von ihnen gilt, dass sie gezwungen sind, ihre soziale Hilflosigkeit abzuspalten, um einigermaßen in der Selbstwertbalance bleiben zu können. Da – außer über die Konsumgesellschaft – der Faden zur neuen Arbeitsgesellschaft gerissen ist, bleiben nur Neid und Abwertung als psychologische Konstrukte der Abwehr von Angst. Dies wiederum spielt den neuen Eliten in die Hände, öffnet willkommene Gelegenheiten der Umweglegitimation sozialer Ungleichheit. Die sozial Benachteiligten werden so zu individuell Zurückgebliebenen, die nicht mithalten können, den Wettbewerb scheuen und sich im Kokon des Neides einpuppen oder in rassistischer Abwehr Fremder und Schwächerer ihren bedrohten Selbstwert zu halten suchen. So kann die paradoxe Situation entstehen, dass ausgerechnet die neokapitalistische Lobby nach politischer Bildung für diese Gruppen ruft. Rassismen sind für eine Standortkultur wenig förderlich und Neidströmungen drohen die ohnehin fragile soziale Legitimationsbasis des neuen Kapitalismus zu unterspülen. Gleichzeitig wird ein eigenes neokapitalistisches Bildungsideal im Legitimationsrahmen einer »Ethik des Erfolgs« (Henkel 2004) aufgebaut, aus dem heraus die »alte« sozialökonomische Konfliktformel »Entfremdung und Gestaltung« durch die neue ökonomistische Harmonieformel »Erfüllung im Erfolg durch Innovation und Machbarkeit« abgelöst werden soll. In dieser neokapitalistischen Legitimationsoffensive soll – in der Fortsetzung und Zuspitzung der fordschen Formel von der Produktion als Dienstleistung – der Warencharakter der industrie-kapitalistischen Produktions- und Vergesellschaftungsweise vom Stigma der Entfremdung befreit werden. Während der Marxsche Entfremdungsbegriff aus der Grundthese des Widerspruchs von Arbeit und Kapital in dem Sinne hergeleitet wurde, dass die Arbeit und damit der Mensch, der nur über sie seine Humanität und Sozialität entwickeln kann, nach kapitalistischer Logik *Ware* ist und bleiben wird, erleben wir heute geradezu eine Verkehrung: Der moderne Mensch erfüllt sich demnach in der Ware, die nun, indem sich in ihr »nicht nur der Erfindergeist des Herstellers, sondern eben auch die Bedürfnisse der Kunden widerspiegeln«, zu einem »Zusammenspiel aus menschlichem Schöpfergeist und nicht weniger menschlicher Genuss- und Erlebnisfreude«

(Henkel 2004: 90f.) geworden ist. Aber nicht nur der Konsum bringe Erfüllung, sondern auch eine von sozialen Hindernissen wie Geschlecht, Rasse und Klasse befreite, in diesem Sinne sozial entbettete abstrakte Arbeit biete eine gestaltbare Welt, in der der qualifizierte Mensch aufgehen könne:

»Als Marx das Wort von der ›entfremdeten Arbeit‹ prägte, traf dies auf die industrielle Produktion in den ›sweat shops‹ zu. Heute, zwei Jahrhunderte später, gibt es in den modernen Industrieländern keinen Grund mehr, den Menschen und die von ihm erbrachte Leistung auseinander zu dividieren, als handele es sich bei der Arbeit um eine Zumutung. Die Arbeit als Selbstverwirklichung ist kein bloßes Schlagwort, sondern tägliche Realität. Nicht monotone Selbstausbeutung ist in den modernen Betrieben gefragt, sondern beständige Innovation und Anpassungsfähigkeit an die veränderten Bedingungen des Marktes und der Technik. Das Wort ›Kreativität‹, ein Schlüsselwort der neuen Wirtschaft, hat es zu Marx Zeiten noch nicht gegeben.« (Henkel 2004: 89f.)

So wird der Marxsche Entfremdungsbegriff in das Inventar der »alten« Industriegesellschaft verwiesen. Wo er heute dennoch thematisiert wird, gilt er im neokapitalistischen Verständnis als Indiz für fehlende Innovation und rückständige Arbeitsorganisation. Dabei wird allerdings unterschlagen, dass sich dieser postfordistische Diskurs der doppelten Erfüllung in Arbeit und Konsum nur auf ein soziales Segment der Gesellschaft bezieht. Der Masse der Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen bleibt nur der Konsum, den sie aber – so die neokapitalistische These – selbst gestalten und in dem sie sich selbst erfüllen könnten.

Dass sich der Mensch in der Ware erfüllen, sie nicht nur – wie bei Ford – mitproduzieren, sondern nun auch »mitgestalten« könne, liegt – nach dieser Argumentation – in dem Zusammenwirken von neuem kundenorientierten Wettbewerbsdruck und interaktiver Technologie. Der heutige Konsum ist nicht mehr nur durch die Maxime des funktionellen Gebrauchs begrenzt. Gekauft wird vielmehr, was gefällt, also das, mit dem ich immer wieder neu meine persönlich-biografische Erfüllungsperspektive in Bewegung halten kann. Die interaktiven Technologien erlauben es, sich so einzubringen, dass sich eine subjektive Erfahrung der Aneignung entwickeln kann: Ich werde nicht mehr – fremdgesteuert – an das Produkt gebunden, sondern ich kann das Produkt an mich binden; es ist – so die entsprechende Suggestion der Werbung – von vornherein für mich produziert. Ich kaufe also mit dem Produkt auch das Segment Mitbestimmung, das es enthält. In diesem Bezugsrahmen ist erst zu verstehen, wie die Wirtschaft darauf insistiert, dass ökonomisch-technologische Innovationen *Fortschritt für den Menschen* bedeuten sollen.

Entwicklungen werden nicht mehr nur dann als innovativ bezeichnet, wenn sie technische Neuerungen beinhalten, sondern vor allem auch, wenn sie Konsumnähe und Kundenbindung verbessern und damit einen Marktvor-

sprung erzeugen können. So ist es – in der Werbesprache offenkundig – der Kunde, der die Innovationen antreibt und sich entsprechend im Produkt wiederfindet. Damit ist die *Kommunikation* zu einer wichtigen Produktivkraft geworden. Der Kunde wird nicht mehr »überredet«, sondern es ist das Produkt selbst, das mit dem Kunden kommuniziert. Neuere Entfremdungserscheinungen, die sich darin äußern, dass die Menschen besorgt sind, dass mit ihnen etwas geschieht, was sie weder kognitiv verstehen, noch mental begreifen oder gar kontrollieren können, werden deshalb gern als »Kommunikationsdefizite« klassifiziert. Die Politik geht davon aus, dass die Menschen soziale Einschnitte annehmen und akzeptieren, wenn sie ihnen besser »vermittelt« werden, die Wirtschaft beklagt die Kommunikationslücke zwischen dem ökonomisch-technologischen Vertrauen in die Machbarkeit und dem Unbehagen der Menschen angesichts dieser Machbarkeitsideologie. Dass dieses Unbehagen nicht in der Unwissenheit oder dem stereotypen Halbwissen der Masse der Bevölkerung begründet ist, sondern in der *Ohnmacht* der Menschen, wird in diesen Vertrauensbilanzen nicht thematisiert.

Damit kommen wir zu den Macht- und Herrschaftsproblemen, die in diesem Diskurs unterschlagen oder übergegangen, oftmals auch personalisiert werden. Das Entfremdungsparadigma war und ist ja nicht nur auf das Bin nenverhältnis von Mensch und Arbeit beschränkt, sondern vor allem auch auf die Vergesellschaftungsdynamik dieses Verhältnisses gerichtet: Was geschieht mit dem, was ich erarbeite, wie verselbstständigt sich der Produktionsprozess gegenüber dem Menschen, welche Macht- und Herrschaftsstrukturen bilden sich mit in dieser Verselbstständigung? Man kann dies am Beispiel des unternehmerischen Gewinns als Ausdruck der Profitlogik der industrikapitalistischen Wirtschaftsweise darstellen.

In der marxistischen Interpretation ist mit dem Gewinn nicht so sehr der persönliche Profit gemeint, sondern die Möglichkeit, sich eine von den sozialen Beziehungen der Menschen in der Gesellschaft unabhängige ökonomische Basis für nichtkontrollierbare und legitimationsunabhängige Machtausübung zu schaffen. Die neokapitalistische Ideologie versucht in ökonomistischer Argumentation diese Dimension der Verselbstständigung der Macht wiederum dadurch zu verschleiern, dass sie den Gewinn dienstleistungstheoretisch »einbettet«:

»Der Gewinn [ist] nur Gradmesser der Effizienz. Ein Manager, der das Profitstreben mit Unternehmenskultur verwechselt, wird schnell Schiffbruch erleiden. Bevor er überhaupt an Gewinne denkt, muss er sich über die genaue Position klar werden, die er im Markt einnimmt. Vereinfacht gesagt findet sich jede wirtschaftliche Unternehmung zwischen zwei Polen: Der eine besteht aus den Kunden. Sie sind die Adressaten der Waren oder Dienstleistungen, und wenn der Werbeslogan behauptet, der Kunde sei König, so gilt

dies selbst in dem radikalen Sinne, dass er über jedes Unternehmen durch simple Kaufverweigerung das Todesurteil sprechen kann.“ (Henkel 2004, S. 88)

Zugleich machen aber die Menschen alltäglich die Erfahrung, dass die Steigerung der Gewinne in Unternehmen in der Regel mit Rationalisierungsmaßnahmen verbunden ist, die zwar die Produkte wettbewerbsfähiger und damit kundennäher machen, gleichzeitig aber Arbeitsplätze freisetzen und Arbeitslosigkeit erzeugen. Diese Dissonanz – der Mensch wird gleichzeitig als Kunde honoriert und als Arbeiter vor die Tür gesetzt – macht die heutige mentale Hilflosigkeit vieler Menschen gegenüber der neuen Wirtschaftsgesellschaft aus. Sie ist aber politisch schwer thematisierbar und in Spannung zu setzen, weil die Menschen Konsumenten und Arbeiter in einem sind und man sich schlecht gegen sich selbst ausspielen kann. Die Erfahrung, dass man als Arbeiter überflüssig werden kann, wird täglich durch das Erlebnis konterkariert, als (bei Arbeitslosigkeit sozialstaatlich alimentierter) Konsument gefragt zu sein. Damit sind wir wieder bei der Negtschen Version der Entfremdungsthematik angelangt, die auch in einer gewandelten Arbeitsgesellschaft weiter gilt: Die konsumtiv verdeckte Ahnung von der ökonomischen Überflüssigkeit des Menschen als politische Bedrohung kann nicht in und am Einzelnen thematisiert werden, sondern braucht einen aktivierenden wie sozial sichernden Rahmen des sozialen Netzwerkes. Erst so können die neuen Entfremdungsprobleme jenseits der postfordistischen Ästhetisierung von Arbeit und Konsum erkennbar und erfahrbar werden. Die soziale Idee ist eine kollektive Idee und ist deshalb auf entsprechende Infrastrukturen der Bildung und Ermutigung angewiesen. Auf soziale Erfahrungsräume also, in denen das Exemplarische herstellbar ist.

ANGST ALS BEWEGUNGSMOMENT DER SOZIALEN IDEE

In Negts Konzept des exemplarischen Lernens geht es vor allem auch darum, psychosoziale Ohnmachtsgefühle und Ängste aus den Zonen der Verdrängung und Abspaltung herauszuholen und sozial einzubringen. Eduard Heimann sah in der Erfahrung von der »dem Kapitalismus eigentümlichen Erniedrigung des Arbeiters« eine Quelle der Entwicklung der sozialen Idee (Heimann 1929: 11). Diese Erfahrung war mit Hoffnungen, aber auch mit Ängsten verbunden. Dass Angst eine politische Substanz haben und in ihrer Bewusstheit die soziale Idee beleben kann, hat Theodor W. Adorno (1971) in seinen Thesen zum Verhältnis von Angst und Mündigkeit aufgezeigt. Mündigkeit beschreibt demnach die Fähigkeit und den Mut zur freien und selbstbewussten politischen Entscheidung. Hier trifft sich das Prinzip Mündigkeit mit Heimanns Freiheitsprinzip der sozialen Idee.

Mündigkeit steht nach Adorno in einer dialektischen Spannung zur Autorität. Diese Spannung entwickelt sich im Prozess der Sozialisation, wenn es im Jugendalter darum geht, die identitätsbildende kindliche Identifikation im Ablösungs konflikt von der elterlichen (vor allem der väterlichen) Autorität durch Erlangen von Eigenständigkeit zu überwinden. »Das Moment der Autorität ist [...] als ein genetisches Moment dem Prozeß der Mündigwerdung vorausgesetzt.« (Ebd.: 141) Die gesellschaftliche und mithin pädagogisch-politische Perspektive der Mündigkeit ist aber nach Adorno nicht nur als Autonomieverhältnis zur gesellschaftlichen Umwelt geformt, sondern damit untrennbar verbunden in der Auseinandersetzung mit dieser und darin mit sich selbst. Der Mensch ist demnach eingepasst in das soziale Rollengefüge als dem in der Gesellschaft wirkenden »Mechanismus zur Unmündigkeit« (ebd.: 142) und kann erst mündig werden, wenn er sich dieses Gefangenseins und der darin gespürten Ohnmacht bewusst wird. »Wer ändern will, kann es überhaupt nur, indem er diese Ohnmacht selber und seine eigene Ohnmacht zu einem Moment dessen macht, was er denkt und vielleicht auch, was er tut.« (Ebd.: 147) Hier spricht Adorno die tiefenpsychische Dimension von Mündigkeit an und – ähnlich Negt – die Fähigkeit, sie sozial zu thematisieren. Schon an früherer Stelle, in seiner Skizze zum Verhältnis von Soziologie und Psychoanalyse (1956) hat er erkannt, dass sich gesellschaftliche Konflikte nicht einfach innerpersonal abbilden, sondern tiefdynamisch umgeformt und in Angstzuständen abgespalten werden. Aber »wenn Angst nicht verdrängt wird, wenn man sich gestattet, real so viel Angst zu haben, wie diese Realität Angst verdient, dann wird gerade dadurch wahrscheinlich doch manches von dem zerstörerischen Effekt der unbewussten und verschobenen Angst verschwinden.« (Adorno 1971: 97)

Allerdings bedarf dieses »Sich-Angst-gestatten-Können« einer gesellschaftlichen Hintergrundsicherheit, die es erlaubt, ohne eigenes psychosoziales Risiko ökonomisch und politisch induzierte Ängste nicht nur auszusprechen, sondern auch zum Impuls sozialen Handelns zu machen. Diese Hintergrundsicherheit und die aus ihr resultierenden Spielräume waren im experimentierenden Sozialstaatsmodell der 1970er bis 1980er Jahre leidlich gegeben, die von Adorno geforderte »Erfahrensfähigkeit« ist – ähnlich bei Negt – über Konfliktfähigkeit vermittelt. Aber es ist nicht nur die Erosion dieser sozialstaatlichen Hintergrundsicherheit und die Denunziation von Angst als »Unfähigkeit zum Mithalten«, die mit der Ökonomisierung der Gesellschaft inzwischen Platz gegriffen hat.

Weitreichender noch für die Aushöhlung des Mündigkeitsbegriffs ist die Tendenz, mit der der neue Kapitalismus den *Gehalt* des Mündigkeitsbegriffs für sich vereinnahmt. Aus der *Möglichkeit zur Mündigkeit*, die die damaligen Verhältnisse freisetzen konnten, ist heute die Chance wie der *Zwang zur Selbstorganisation* geworden, so wie er aus den neokapitalistischen Arbeitsverhältnissen hervortritt. Während Adorno noch die in der US-amerikanischen Kultur verbreitete Wechselbeziehung von Individualismus und Anpassung (ebd: 139)

als Blockierung von Mündigkeit sah, wird individuell gestaltete Anpassung an wechselnde technologisch-ökonomische Gegebenheiten heute geradezu als neue Mündigkeit proklamiert.

Der selbstbewusste »Arbeitskraftunternehmer« betreibt selbstorganisierte flexible Anpassung, die zu jener verwertungsorientierten Kompetenz geworden ist, in der das Subjekt aufgehen soll. Es geht nur noch um drinnen oder draußen, Inklusion oder Exklusion, wobei *beides* in der Reichweite des je biografischen Risikos liegt. Es scheint keine Spannungszustände mehr zu geben, denn alles ist in einer mehrdimensionalen Kapitalisierung aufeinander bezogen: Erweiterte Handlungsfähigkeit wird für technologisch-ökonomische Innovationen gebraucht, darauf bezogenen Sorgen und Ängsten wird mit konsumtiven Erfüllungs- und Versicherungspaketen begegnet.

So erscheint der Mündigkeitsbegriff der 1960er und 1970er Jahre längst als antiquiert, als Signum des Zurückbleibens und der Innovationsfeindlichkeit, vor allem wenn weiter auf dem Konflikt zwischen Mensch und Ökonomie/Technologie insistiert wird, wo dieser doch in der Entgrenzungsdynamik des neuen Kapitalismus aufgehoben sein will. Deshalb scheinen es auf den ersten Blick nur die gegenwärtigen neuen sozialen Bewegungen zu sein, welche die inzwischen überformte und verdeckte Spannung von Mensch und Technologie/Ökonomie wieder freilegen und – im Sinne Adornos – entsprechende Grundängste nicht als technologische Rationalitäts- und Kommunikationsdefizite, sondern als menschliche Lebensäußerungen von verwehrter Mündigkeit anerkennen und gesellschaftlich thematisieren wollen. Kollektive Ängste (Adorno) sind – sozial thematisiert – Antriebskräfte der sozialen Idee, die sich dagegen wehrt, dass der technologisch fortgeschrittene Kapitalismus den Menschen weiter als Ware und als technologischen Störfaktor betrachtet.

DER VERLUST DER UTOPIE

In der gegenwärtigen gesellschaftlichen Übergangsphase sind Szenarien zu einer eigenen politischen Größe geworden. Wenn man fragt, durch welche Matrix sie gekennzeichnet sind, so kann man unzweifelhaft die Dominanz des Ökonomischen ausmachen. Die Kraft des Gesellschaftlichen wird in solchen Szenarien als sehr gering angesehen. Hingegen spielt die lineare ökonomisch-technologische Entwicklungsperspektive eine entscheidende Rolle. So gibt es Szenarien zur zukünftigen Entwicklung Europas als Wirtschaftsraum, zu den Erträgen und Folgekosten der Globalisierung, zu den Integrationskosten von Migrationsbewegungen oder zur Frage des Gleichgewichts von sozialer und ökonomischer Entwicklung. Aber auch bei Letzterer steht weniger eine alternative sozialpolitische Perspektive des Erreichens einer gerechten Gesellschaft im Vordergrund, als vielmehr die Frage, welche Wachstumsverluste angesichts

der größer werdenden Schere zwischen Armut und Reichtum in Zukunft zu befürchten sind.

Auch die Betrachtung von Geschichte scheint sich heute grundlegend gewandelt zu haben. Im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert konnte man noch die Suche nach Lösungen in der Perspektive einer historischen Finalität aufheben, musste nicht von der gegenwartsbiografischen Ungeduld des Herbeisehnens rascher Lösungen getrieben sein. Es sind nicht mehr die unterschiedlichen historischen Erzählungen mit entsprechend emanzipatorischen Interessen, die miteinander konkurrieren. Sie sind abgelöst von den ökonomischen Erzählungen, die im Begriff sind, Geschichte zu konstituieren. Ein typisches Beispiel für eine ökonomisierte Geschichtsschreibung finden wir in den medialen Diskussionen um die Zukunft Ostdeutschlands: Es wird seit Jahren nur noch darüber geredet, welche Unternehmensstrategien sich hier als erfolgreich erwiesen haben und erweisen könnten. Die Vergangenheit und Zukunft Ostdeutschlands wird so unter der Hand zu einer Geschichte gelungener oder misslungener Investitionen. Ökonomische Erfolgsgeschichten und nicht Geschichten von der schwierigen Emanzipation der Menschen werden hier seit den 1990er Jahren erzählt.

Das Szenario-Denken hat das Denken in Geschichte verdrängt. Machbarkeit und Regulierbarkeit stehen nun im Vordergrund. Das auf Zukunft gerichtete Denken in Geschichte war dagegen an Utopien ausgerichtet: Aus historischen Entwicklungen und ihrer Substanz wurde so ein Möglichkeitsraum als »utopisches Potenzial« aufgeschlossen und gestaltungsorientiert auf die Zukunft bezogen. Konnten sich die Bürger in den utopischen Diskursen noch als Gesellschaftsmitglieder empfinden, die in der Geschichte leben und diese entsprechend verkörpern, sodass sie darüber am utopischen Diskurs teilhaben, so grenzt der Szenarien-Diskurs die Bürger aus, verlagert das geschichtliche Denken in Kommissionen und Enquete-Berichte. Es geht jetzt um Zukunftsfähigkeit als Machbarkeit; entsprechend ist das Szenarien-Denken ein *modularisiertes* Denken. Steht z. B. die Wettbewerbsfähigkeit eines räumlichen Standortes zur Debatte, dann wird dieser in Standortmodule zerlegt, diese werden dann in Schritten aufeinander bezogen und »optimiert«. Das utopische Denken im klassisch-politischen Sinne operierte dagegen immer mit ganzheitlichen Entwürfen, in die der Mensch in seinen Gesamtbezügen gedacht wurde.

»Eine andere Welt ist möglich« – so lässt sich die Kernaussage utopischer Entwürfe wie der utopischen Gehalte sozialer Bewegungen bis heute ausdrücken. Dabei sind es immer zwei Spannungsmomente, die Utopisches konstituieren. Zum einen die fundamentale Kritik an der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung und zum anderen – daraus gleichsam hervortretend – die Vorstellung von einem alternativen Gemeinwesen als einer Gesellschaft der Gleichen. Während in der vorindustriellen Zeit das utopische Denken eher parasoziale Gesellschaftsbilder hervorbrachte – jenseits der sozialen Wirklichkeit

beschrieben, aber aus ihr heraus erhofft –, wurden die Zukunftsentwürfe der industriellen Moderne in die nun herrschende Ideologie des Fortschritts und der Planbarkeit integriert. Solchermaßen verdinglicht und immer wieder zu Legitimationskontexten für praktische Politik genutzt, verloren sie ihre uto-pische Spannung. Insofern trifft die neuere Rede vom »Ende der Utopien«, wie sie seit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme in Mode ist, nicht das utopische Prinzip, sondern seine Verdinglichung. Angesichts der Eindimensionalität der neokapitalistischen Systementwicklung heute beginnt sich aber – etwa über die neuen sozialen Bewegungen – weltweit eine politische Gegenkultur zu entwickeln, in der sich wieder eine utopische Spannung aufbaut, in der die soziale Idee sich gegenüber dem neokapitalistischen Ver-einnahmungsdruck behaupten und durchsetzen soll. Somit steht sie in einer Tradition praxiszugewandten sozialutopischen Denkens, das auf die Belebung des demokratisch-sozialpolitischen Konflikts und nicht auf Planmodelle ausgerichtet ist.

Im heutigen Technologieentwurf ist »Entwicklung« – ein klassischer pädagogischer Begriff – längst zum Begriff der Technologie geworden. Auch die Partizipationsperspektive vom Sozialen hat sich zum Technologischen hin verschoben. Diese ist interaktiv, ergebnisoffen und präsentiert sich deshalb dem »beteiligten« Nutzer als erreichbare Gestaltungsaufforderung. Auch der soziale Konflikt als Antrieb sozialpolitischer Entwicklung lebte bisher von der gesellschaftlichen Thematisierung des Spannungsverhältnisses zwischen Mensch, Ökonomie und Natur. Dieses Spannungsverhältnis ist im Zuge ökonomisch-technologischer Transformation der Gesellschaft brüchig geworden. Für Ralf Dahrendorf (1972) war der Konflikt ein sozialanthropologisches Grundmuster, die Voraussetzung für die Entwicklung des Menschen zum sozialen Wesen. Eine Auflösung oder Leugnung des sozialen Konflikts kommt deshalb einer De-humanisierung gleich. Ford versuchte den gesellschaftlich produktiven Konflikt zwischen Arbeit und Kapital aufzulösen, indem er den Arbeiter in der Figur des Konsumenten aufzugehen ließ und ihn damit gleichzeitig zum Produzenten der von ihm zu konsumierenden Produkte erklärte. In der neoliberalen Figur des souveränen Arbeitskraftunternehmers ist diese Idee weiterentwickelt. Wie kann sich der Mensch in dieser spannungslosen Beziehung noch als Mensch erkennen?

Die Zukunft – so wurde bisher angenommen – sollte sich aus der Substanz der Geschichte entwickeln. Diese Substanz war der soziale Konflikt, die Spannung zwischen Mensch und Ökonomie vor dem Hintergrund der jeweiligen technologischen Entwicklung. Dem heutigen Szenarien-Denken geht diese Spannung ab, es bleibt nur die ökonomische Perspektive. Aus der ganzheitlichen Vorstellung einer geschichtsbewegten Utopie sind projektierte Bilder von modularisierten Ablauflogiken geworden. In der in diesem Buch begründeten Zuversicht, dass das Sozialpolitische Prinzip auch unter den ökonomisch-ge-

sellschaftlichen Bedingungen des 21. Jahrhunderts seine eigene Kraft weiter entfalten wird, sehen wir dagegen eine sozialpolitische Zukunftsperspektive, die in der Geschichte verbleibt und doch weiter trägt als die dauernde Beschwörung der Kritik des herrschenden neoliberalen Diskurses. In diesem Zusammenhang wird es auch Aufgabe gerade der Sozialwissenschaften sein, Modelle der gegenseitigen Angewiesenheit im Spannungsfeld von Ökonomie – Mensch – Natur weiter zu entwickeln und sozialpolitisch zu übersetzen.